

Restitutionsdebatte in Deutschland

Teil 2: Interviews mit acht Bundestagsabgeordneten und dem Deutschen Kulturrat

Die ausgewählten Interviewpartner¹ repräsentieren die sieben in den Bundestag gewählten Parteien, und sind entweder kulturpolitische Sprecher oder als Berichterstatter bzw. Experten ihrer Fraktion für das Thema Kolonialgeschichte zuständig. Einbezogen ist weiterhin der in einem afrika-

nischen Land geborene Bundestagsabgeordnete Karamba Diaby (SPD) und der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann. Es wurden 15 Fragen gestellt, deren Beantwortung zwischen 30 und 110 Minuten dauerte.



»Die Diskussion wird teilweise mit großer Leidenschaft geführt, dabei sollte sie aber nicht an Sachlichkeit verlieren.«

CDU – Berichterstatter der Fraktion zum Thema «Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten»

Ansgar Heveling (1972, Rheydt)

Beruf: Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bonn; ab 2001 Arbeit als Rechtsanwalt und ab 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen sowie ab 2005 stellvertretender Büroleiter des Ministers im dortigen Finanzministerium.

Partei: 1989 Eintritt in die Schüler Union und Junge Union und seit 1991 Mitglied

der CDU.

Bundestag: Ab 2009 Mitglied des Bundestages (direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Krefeld/Neuss); Mitglied im Rechtsausschuss und dort Berichterstatter für das Urheberrecht, außerdem Mitglied im Wahlprüfungsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss und im Ausschuss für Kultur und Medien; seit Januar 2018 Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



»Durch einen stärkeren kulturellen Austausch zwischen Europa und den afrikanischen Staaten können wir gegenseitig von der jeweiligen Kunst und Kultur lernen.«

CSU – Sprecher der CSU-Landesgruppe für Kulturpolitik

Volker Ullrich (1975, Illertissen)

Beruf: Studium der Rechtswissenschaften (Universität Augsburg) und Wirtschaftswissenschaften (Fern-Universität Hagen); nach Promotion in Jura ab 2002 Rechtsreferendar und Stadtrat der Stadt Augsburg und ab 2005 Arbeit als Rechtsanwalt und Unternehmensberater sowie ab 2011-2013 berufsmäßiger Stadtrat und Leiter des Ordnungsreferates in Augsburg.

Partei: 1992 Eintritt in die Schüler Union, Junge Union und die CSU und seit 2018 im Parteivorstand der CSU.

Bundestag: Ab 2013 Mitglied des Bundestages (direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Augsburg) und derzeit Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union und Obmann des 1. Untersuchungsausschusses.



»Sich als wechselseitig Lernende in gemeinsamen Projekten zu erleben, könnte der vielleicht größte Triumph über die Zeit des Kolonialismus sein.«

SPD – Berichterstatter der Fraktion zum Thema »Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten«

Helge Lindh (1976, Wuppertal)

Beruf: Abschluss Magister Artium (M.A.) Neuere Deutsche Philologie (HF), Germanistische Sprachwissenschaft (NF), Neuere und Neueste Geschichte einschl. Landesgeschichte (NF); Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei verschiedenen Landtagsabgeordneten Nordrhein- Westfalens.

Partei: Seit 1999 Mitglied der SPD und in diversen Arbeitsgruppen in Wuppertal aktiv.

Bundestag: Seit 2017 Mitglied des Bundestages (direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Wuppertal I) und dort ordentliches Mitglied der Ausschüsse für Kultur und Medien sowie für Inneres und Heimat; Sprecher der Arbeitsgruppe Demokratie der SPD-Bundestagsfraktion.



»Im Interesse der zukünftigen Generationen geht es mir um Kooperation statt Konfrontation.«

SPD – im Senegal geborener Bundestagsabgeordneter

Karamba Diaby (1961, Marsassoum/Senegal)

Beruf: Studium an der Universität Dakar (Senegal) 1982-1984; ab 1985 in der DDR (Deutschkurs) und 1986-1996 Chemiestudium mit Promotion an der Universität Halle-Wittenberg; seit 1996 Mitarbeit in Projekten gemeinnütziger Organisationen im Bereich Bildung, Jugendpolitik und Menschenrechte; 2011-2013 Referent im Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sach-

sen-Anhalt.

Partei: Seit 2008 Mitglied der SPD; 2009-2015 Mitglied des Stadtrates in Halle (Saale) und seit 2018 Integrationsbeauftragter und Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion.

Bundestag: Seit 2013 Mitglied des Bundestages und dort ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung.

Kunst&Kontext: Waren Sie schon einmal in einem afrikanischen Land und haben dort ein Museum besucht?

REGIERUNG

CDU, Heveling: Leider hatte ich noch nicht die Gelegenheit, nach Afrika zu reisen. Meine Kenntnisse beziehen sich daher allein auf Besuche in hiesigen Museen.

CSU, Ullrich: Nein, leider bisher noch nicht, aber ich hoffe, dass ich das in den nächsten Jahren nachholen kann.

SPD, Lindh: Einfache Antwort: Nein. Ich habe auch noch kein

Museum auf dem afrikanischen Kontinent besucht. Leider hatte ich hierzu noch keine Gelegenheit. Ich hoffe aber, dass sich diese in absehbarer Zeit ergibt.

SPD, Diaby: Selbstverständlich war ich schon in mehreren afrikanischen Ländern und habe dort auch Museen besucht. Im Senegal, das Land, in dem ich geboren wurde, war es das IFAN Museum of African Arts in Dakar und das Monument de la Renaissance Africaine. Dort war ich mit meiner Familie und meinen Kindern. Weiterhin habe

OPPOSITION



»Niemand weiß Genaues, aber es lastet ein Generalverdacht auf allen Objekten, die aus afrikanischen Ländern kommen.«

AfD – Kulturpolitischer Sprecher
Marc Jongen (1968, Meran/Italien)
Beruf: Studium der Philosophie, Volkswirtschaft, Geschichte und Indologie an der Universität Wien; ab 1995 journalistische Tätigkeit in Wien und Bozen; 1999-2003 Promotion an der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe und dort seit 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter für Philosophie und Ästhetik, bis 2015 auch Assistent des Rektors.
Partei: Im April 2013 in die AfD einge-

treten, seit damals im Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg, seit Februar 2019 stellvertretender Landesvorsitzender.

Bundestag: Seit 2017 Mitglied des Bundestages und kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion; Mitglied in den Bundestagsausschüssen Kultur und Medien sowie Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Mitglied in der Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz.



»Mir fehlt die Frage nach dem ‚Warum‘, es geht immer nur um das ‚Wie‘.«

FDP – Kulturpolitischer Sprecher
Hartmut Ebbing (1956, Berlin)
Beruf: Nach Bankausbildung und Studium der Betriebswirtschaft an der TU Berlin und University of Illinois (USA); längere Aufenthalte in Israel und USA; 1984-1991 bei einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und seit 1992 selbstständiger Steuerberater- und Wirtschaftsprüfer.
Partei: Seit 1995 Mitglied der FDP in

unterschiedlichen Funktionen, u.a. Vorsitzender Landesfachausschuss Kultur, Mitglied Bundesfachausschuss Finanzen und Steuern, Mitglied im Landesvorstand der FDP Berlin
Bundestag: Seit 2017 als Abgeordneter im Bundestag und dort ordentliches Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien sowie stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss.



»Es fehlt ein Bekenntnis der Bundesregierung, dass es sich bei der Kolonialherrschaft um ein Unrechtsregime handelte.«

Bündnis 90/Die Grünen – Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien (mit der Zuständigkeit für Erinnerungskultur/Aufarbeitung des kolonialen Erbes)
Kirsten Kappert-Gonther (1966, Marburg)
Beruf: Studium der Humanmedizin in Marburg und Brisbane (Australien) mit Promotion über Traumafolgestörungen; ab 2001 Arbeit als Fachärztin

für Psychiatrie und Psychotherapie.
Partei: Seit 2002 Mitglied der Grünen und ab 2011 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft.

Bundestag: Seit 2017 Mitglied des Bundestages und dort Obfrau im Gesundheitsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien mit Zuständigkeit für die Aufarbeitung des kolonialen Erbes.

ich in Gambia ein Museum besucht, und im Norden von Mali war ich in der Moschee von Djenné sowie in Kame-run auf Dienstreise mit mehreren Parlamentariern.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Ich war vor langer Zeit in Marokko, habe dort aber kein Museum besucht. Allerdings war ich einige Male in Indien und dort in mehreren Museen. Dort kann man den Eindruck gewinnen, dass sich seit der britischen Kolonialzeit wenig verändert hat. Die Objekte befanden sich in unglaublich verstaubten Glaskästen und waren vor der hohen Luftfeuchtigkeit nicht ausreichend geschützt. Möglicherweise sind diese Erfahrungen mit Afrika vergleichbar.

FDP, Ebbing: Ja, ich war vor langer Zeit in Kenia, aber dort nicht in einem Museum.

GRÜNE, Kappert-Gonther: Ja, aber ich finde, das ist keine Voraussetzung, um sich mit dem Thema »koloniale Verantwortung« auseinanderzusetzen. Mein Wunsch ist, dass wir uns in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs der Frage widmen: Was bedeutet Verantwortungsübernahme für unser koloniales Erbe heute?

LINKE, Freihold: Der von europäischen Staaten bzw. Deutschland begangene Kulturgüterraub wurde durch kolonial-rassistische Zuschreibungen und Stereotype legitimiert, die bis in die heutige Zeit wirken. Sich dieser Verantwortung zu stellen ist entscheidend und völlig unabhängig davon, ob man afrikanische Länder besucht hat. In erster Linie sind die europäischen Tätergesellschaften bei der Restitution in der Pflicht. Die Probleme dürfen aber nicht allein auf einer ethisch-moralischen Ebene gelöst werden. Darüber hinaus sollte auch die rechtliche Ebene gestärkt werden. Der Kulturgüterraub darf nicht nachträglich legalisiert werden. Diese Kulturgüter haben identitäts- und kulturstiftende Bedeutung, deshalb müssen sie an die Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden.

KULTURRAT

Zimmermann: Nein, bislang war ich noch in keinem afrikanischen Land. Kunst aus Afrika ist mir aber durchaus vertraut. Vor meiner Tätigkeit als Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates war ich Kunsthändler und Galerist in Köln und habe dort in den 1990er-Jahren intensiv mit dem von Ulli Beier gegründeten IWALEWA-Haus in Bayreuth bei Ausstellungen zeitgenössischer Kunst aus Nigeria und Papua-Neuguinea zusammengearbeitet.

Damals gab es eine heftige Debatte darüber, ob die Kunst aus dem globalen Süden überhaupt in Museen für zeitgenössische Kunst präsentiert werden dürfe und nicht eigentlich in die Völkerkundemuseen gehöre.

Kunst&Kontext: *Gibt es Themen oder Argumente, die Sie in der derzeitigen Restitutionsdebatte vermissen? Welche Schwerpunkte würden Sie setzen?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Die Diskussion wird teilweise mit großer Leidenschaft geführt, dabei sollte sie aber nicht an Sachlichkeit verlieren. Die Frage, wie wir zukünftig mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten umgehen, bedarf einer ausführlichen Debatte und kann nicht mal so eben schnell entschieden werden. Im Übrigen ist bereits im Koalitionsvertrag festgehalten, dass wir uns in dieser Legislaturperiode dem Thema widmen.

CSU, Ullrich: Ich würde die Debatte gern in Richtung auf einen stärkeren kulturellen Austausch zwischen Europa und den afrikanischen Staaten erweitern, damit wir gegenseitig von der jeweiligen Kunst und Kultur lernen können. Wie können wir diesen Austausch gemeinsam organisieren? Wie können wir in Europa Kulturgut afrikanischer Provenienz deutlich kontext-basierter ausstellen, und wie kann gleichzeitig europäische Kunst den Weg in die Ausstellungen in afrikanischen Ländern finden? Bei aller Wichtigkeit der Restitutionsdebatte ist mir diese – allein für sich – zu vergangenheitsbezogen.

Außerdem würde ich gern einen stärkeren Austausch fördern, sodass für junge Menschen aus Bamako, Yaoundé und Ouagadougou Europa und europäische Kunst erfahrbar wird. Dazu gehört dann auch die Frage, wie afrikanische Künstler befristete Visa für Europa erhalten. Es geht um die Ermöglichung von Kulturaustausch in konkreten befristeten Projekten.

SPD, Lindh: Die Restitutionsdebatte ist eine Verkürzung. Die eigentliche Grundsatzdebatte geht darüber, wie wir heute mit der Zeit des Kolonialismus umgehen. Was wissen wir über diesen Teil deutscher Geschichte und was sollten möglich viele Menschen erfahren? Wir brauchen einen viel breiteren Diskurs, der über Fachdebatten und Feuilletons hinausgeht, denn es wäre aus meiner Sicht gelogen zu behaupten, dass es derzeit eine breite Gesamtdebatte in der Bevölkerung zu dem Thema gibt. Die Frage nach einem Denkmal für die Opfer der Kolonialzeit würde ich nicht an den Anfang stellen, sondern fände es sinnvoll, dies im Laufe eines Diskurses gemeinsam mit



"Kulturreaub war nie gutgläubig: Generelle Beweisumkehrpflicht muss im Einklang mit den Entwicklungen im Internationalen Restitutionsrecht gesetzlich verankert werden."

DIE LINKE – Erinnerungspolitische Expertin

Brigitte Freihold (1955, Kaiserslautern)

Beruf: Studium Lehramt in den Fächern Deutsch und Bildende Kunst (Referendariat 1980/81), danach Arbeit in der Kinder- und Jugendlichen Psychiatrie und zugleich Studium Dipl. Pädagogik mit Schwerpunkt Frühe Kindheit und Erwachsenenalphabetisierung. Seit 1990 im Schuldienst, Grundschule Sozialer Brennpunkt und Vorortschule.

Partei: 2005 Eintritt in die WASG, die

sich im Jahr 2007 mit der PDS zur Partei Die LINKE vereinte und seit 2013 stellvertretende Vorsitzende des Landesverband Rheinland-Pfalz.

Bundestag: Seit 2019 Mitglied des Bundestages, ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie in den Unterausschüssen Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bzw. Bürgerchaftliches Engagement.

KULTURRAT



»Afrika südlich der Sahara ist für die meisten Deutschen ein unbekannter Kontinent.«

Deutscher Kulturrat – Geschäftsführer **Olaf Zimmermann (1961, Limburg)**

Beruf: Volontariat zum Kunsthändler und anschließend Geschäftsführer verschiedener Galerien; 1987 Gründung einer Galerie für zeitgenössische Kunst in Köln und Mönchengladbach. Tätigkeit: Seit 1997 Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates; Herausgeber und Chefredakteur von Politik & Kultur, der Zeitung des Deutschen Kulturrates. Seit 2016 Koordinator und

Moderator der Initiative kulturelle Integration. Mitglied der Landessynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz; des Stiftungbeirates der Kulturstiftung des Bundes; des Beirates des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes sowie des Kuratoriums der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur in der Bundesrepublik Deutschland e. V.

vielen Beteiligten zu tun. Wir wissen alle, dass Politik wegen ihrer medialen Wirkung Symbole und symbolische Akte bevorzugt. Ein langer Dialogprozess ist sicher nicht so schillernd wie die Einweihung eines Erinnerungsortes, aber er wird dauerhafter sein, wenn wir diesen mit der Bereitschaft führen, uns verunsichern zu lassen.

SPD, Diaby: Ich vermisse die Perspektive der afrikanischen Länder. Bei der Aufarbeitung von Kolonialgeschichte sind auch deren heutige Interessen auf Augenhöhe zu berücksich-

tigen. Wichtig sind gemeinsame Forschungsprojekte mit vielen Beteiligten aus Deutschland und in den verschiedenen afrikanischen Ländern. Dadurch erhalten beide Seiten die Möglichkeit, den gegenseitigen Alltag zu erfahren, sie erleben die Kultur und lernen die Geschichte kennen. So entwickelt sich Achtung füreinander und interkulturelles Verständnis. Im Senegal gibt es die Stadt Saint-Louis. Schon in der Kolonialzeit lebten hier besonders viele französische Frauen und Männer mit einheimischen Partnern zusammen

und hatten gemeinsame Kinder. Das ist bis heute so, wir nennen das binationale Partnerschaften. Welche Geschichten erzählen deren Nachfahren uns über die Kolonialzeit?

OPPOSITION

AFD, Jongen: Für mich steht die Restitutionsdebatte viel zu sehr unter moralischem Vorzeichen. Zunächst ist doch bemerkenswert, dass die historischen Objekte nach so langer Zeit noch erhalten sind. Würden sie überhaupt noch existieren, wenn sie nicht in europäische Museen gelangt wären? Über die jahrzehntelange Pflege und den Erhalt der Objekte sollten wir nicht einfach hinweggehen. Diese Leistung der deutschen und europäischen Museen möchte ich mehr gewürdigt sehen. Einige außer-europäische Objekte sind zudem inzwischen Teil der kulturellen Identität des Landes geworden, das sie aufbewahrt hat. Ich denke hier z. B. an die Büste der Nofretete, die mittlerweile stark mit Berlin verbunden ist. Weiterhin wird der Eindruck erweckt, als wäre alles, was aus kolonialem Kontext stammt, geraubt und unrechtmäßig angeeignet. Es gibt zwar Lippenbekenntnisse, dass dem nicht so sei, aber im Ergebnis bleibt der Eindruck, dass im Grunde alles Unrecht sei. Das ist so nicht der Fall. Ich würde die Debatte daher gern entmoralisieren und den rechtlichen Aspekt stärker hervorheben. Dieser besagt, dass es keine Rückgabeansprüche nach so langer Zeit mehr gibt. Auf dem hohen moralisierenden Ross sitzend, würden einige Akteure gern über diese rechtlichen Gegebenheiten hinwegreiten.

FDP, Ebbing: In unserer deutschen Debatte vermisse ich eine gemeinsame europäische Herangehensweise. Wir besetzen wieder einmal ein Thema mit hohem Perfektionismus. Dabei fehlt mir die Frage nach dem »Warum«, es geht immer nur um das »Wie«. Auch wünsche ich mir eine stärkere Differenzierung in politische Verantwortung und moralische Schuld. Oder tragen die heute lebenden Generationen eine Mitschuld an der Kolonialzeit? Ein weiterer Schwerpunkt wäre auch die Bearbeitung der Kolonialzeit im Schulunterricht.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Es fehlt ein Bekenntnis der Bundesregierung, dass es sich bei der Kolonialherrschaft um ein Unrechtsregime handelte. Im Koalitionsvertrag steht zu Recht »NS-Terrorherrschaft« und »SED-Diktatur«, aber dann folgt der neutral gefasste Begriff »Deutsche Kolonialgeschichte«. Das ist für mich kein Zufall. Das liegt nicht nur daran, dass die deutschen Kolonial-

verbrechen immer noch ein verdrängtes Kapitel unserer Geschichte sind, sondern vermutlich soll so das Thema Reparations- oder Restitutionsansprüche vermieden werden. Zweitens ist zentral, dass wir die Deutungshoheit zugunsten der Herkunftsgesellschaften aufgeben. Und drittens wünsche ich mir, dass in der Restitutionsdebatte über mehr gesprochen wird als: Was kommt woher? Was soll wohin zurückgegeben werden? Ich wünsche mir, dass die Debatte ein Türöffner wird, um einen umfassenden gesellschaftlichen Diskurs zu fördern.

Die Beschäftigung mit strukturellem Rassismus zeigt mir, dass wir den tradierten Behauptungen von Ungleichwertigkeit immer noch auf Schritt und Tritt begegnen. Das halte ich für ein riesiges gesellschaftliches Problem. Im Kern verstehe ich die Restitutionsdebatte als Frage, wie die Gesellschaften der ehemals Kolonisierten und die Gesellschaften der ehemaligen Kolonialmächte heute miteinander umgehen und umgehen könnten. Ich hoffe, dass sich die Diskussion auch aus den Feuilletons, den Museen, den Wissenschaften hinaus in die breite Zivilgesellschaft trägt, in die Schulen, die Künste. Wir Grüne plädieren außerdem für die Schaffung eines zentralen Erinnerungs- und Lernortes in Berlin und korrespondierende dezentrale Erinnerungsorte. Dort soll ein Erinnern und Lernen für alle möglich werden, eine gemeinsame Suchbewegung. Dafür sollen nicht nur die Schrecken der Kolonialherrschaft dargestellt, sondern auch der antikoloniale Widerstand sowie die Kultur der ehemaligen Kolonisierten gezeigt werden.

LINKE, Freihold: Momentan wird überwiegend von Provenienzforschung geredet, und diese steht im Zentrum der Debatte. Es wird zu wenig beachtet, dass rechtliche Grundlagen notwendig sind, um faire und gerechte Rückgabeverfahren zu garantieren, bei denen die Nachkommen der Kolonisierten und Versklavten entsprechend einbezogen werden müssen. Daher müssen die rechtlichen Bedingungen ein wesentliches Thema sein, wobei die internationalen Entwicklungen in Kulturgüterschutz und Kulturgüterückführung Beachtung finden müssen. Bei Streit- und Verdachtsfällen sollte eine erst zu schaffende unabhängige Kommission, eine Art Mediationsstelle, beteiligt werden. Deshalb haben wir in engem Austausch mit Vertreter*innen des ISD-Bund e.V. und Dekolonisierungs-Aktivist*innen gemeinsam einen Antrag erarbeitet, in dem wir u. a. die Einrichtung einer Bundesstiftung zur Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus sowie die Einrichtung einer unabhängigen

Kommission fordern, die analog zur »Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz« als Mediations-Stelle tätig werden soll (vgl. Koloniales Unrecht in Deutschland umfassend aufarbeiten – Nachkommen einbeziehen; BT-Drs. Drucksache 19/8961). Weiterhin haben wir mehrere parlamentarische Initiativen im Hinblick auf die Verabschiedung eines Restitutionsgesetzes vorgelegt (vgl. Antrag »Restitution von Kulturgut aus kolonialen Kontexten gesetzlich regeln« (BT-Drs. 19/9340). Darin fordern wir u. a., dass die Einrede des gutgläubigen Erwerbs gegen einen Herausgabeanspruch von anspruchsberechtigter Seite ausgeschlossen wird und die über das Kulturgut Verfügenden im Falle unter der Schwelle von grober Fahrlässigkeit entsprechend Artikel 14 GG entschädigt werden. Die Einrede der Verjährung nach § 197 BGB soll ebenfalls ausgeschlossen werden. Völkermord und damit verbundener Kulturgutraub darf nicht verjähren! Unbestritten ist, dass die Objekte dahin gehören, wo sie herkommen. Letztendlich haben die Herkunftsgesellschaften das Recht, mit ihren Kulturgütern das zu machen, was sie wollen. Ein ganz wichtiger Prozess der Dekolonisierung ist, dass man die Objekte in die Verfügungsgewalt der Eigentümer zurückgibt. Ganz entscheidend ist, dass wir nicht diejenigen sind, die versuchen, mitzubestimmen und aus einer Ideologie der vermeintlichen kulturellen Höherwertigkeit heraus irgendwelche Vorgaben machen. Was letztendlich mit dem Kulturgut passiert, entscheiden die ursprünglichen Eigentümer*innen und ihre Nachkommen. Wir stehlen uns damit nicht aus der Verantwortung, denn wir haben in erster Linie die Verantwortung für die kolonialen Verbrechen, und diese müssen wir aufarbeiten. Dazu gehört eben auch, dass wir die Werke restituieren und diese nicht selbstverständlich in unseren Museen verbleiben. Und wir dürfen nicht vergessen, dass alle Rückführungen, die bislang stattgefunden haben, zum Beispiel die menschlichen Gebeine von Verfolgten nach Namibia, ausschließlich auf Forderungen der Herkunftsgesellschaften zurückzuführen sind. Der Prozess der Restitution und Aufarbeitung der Kolonialgeschichte geht also nicht, wie oft der Anschein erweckt wird, auf eigenständige Bemühungen ehemaliger Kolonialgesellschaften, sondern auf die der ehemaligen Kolonisierten zurück. Eine umfassende Rückgabe heißt, dass alle geforderten Güter, allen voran die menschlichen Gebeine der im Kolonialismus verfolgten und missbrauchten Men-

schen, zurückgegeben werden müssen. Wenn die Herkunft nicht feststellbar ist oder keine Restitutionsansprüche gestellt werden, dann ist für diese Werke ein europäisches Museum der erbenlosen Kulturgüter zu errichten. Diese Werke sollten nicht in den Depots liegen, sondern sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, damit sie in ihrer Wertigkeit und ihrem Kontext für das kulturelle Erbe der afrikanischen Gesellschaften wahrgenommen und in ihrer Bedeutung anerkannt werden.

KULTURRAT

Zimmermann: Afrika südlich der Sahara ist für die meisten Deutschen ein unbekannter Kontinent. Es gilt also zunächst Basiswissen zu vermitteln: Welche Länder gibt es und wo liegen diese? Welche Geschichte haben die einzelnen Regionen? Und wie geht es den Menschen heute dort?

Kunst&Kontext: *Besteht Ihrer Meinung nach ein Zusammenhang zwischen der Restitutionsdebatte und dem Humboldt Forum?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Die Diskussion zum Thema Restitution gibt es ja schon länger, aber diese war weniger in der Öffentlichkeit, und das Humboldt Forum ist nun ein Kristallisationspunkt. Aber es gibt auch weitere Ursachen, z. B. der Savoy & Sarr-Bericht und die Rede des französischen Präsidenten im November 2017. Die aktuelle Debatte hat also verschiedene Wurzeln, aber sicherlich gibt es derzeit eine erhöhte Aufmerksamkeit diesem Thema gegenüber, weil eine neue Institution wie das Humboldt Forum eingerichtet wird.

CSU, Ullrich: Ein Zusammenhang ist sicherlich nicht ganz fernliegend, da im Humboldt Forum viele Kunstgegenstände afrikanischer Provenienz ausgestellt werden. Damit dürfte die Debatte mit der offiziellen Eröffnung des Humboldt Forums an Fahrt gewinnen.

SPD, Lindh: Ja, da besteht sicher ein Zusammenhang. Ohne die Frage des Stadtschlusses und des Humboldt Forums gäbe es die Debatte in dieser Weise nicht. Das hat sicher als Katalysator gewirkt, aber die Diskussion ist wohl auch eine Folge des Datums, denn etwa vor hundert Jahren endete für Deutschland die Zeit eigener Kolonien.

SPD, Diaby: Ein Zusammenhang mit dem Humboldt Forum ist mit Vorsicht zu genießen, denn es werden zwei Themen vermischt. Das eine sind die Menschen, die gegen den Wiederaufbau des Schlosses sind. Das andere

sind die Kulturgüter aus afrikanischen Ländern mit ihrer Geschichte. Beides sollte man von einander trennen.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Ja. Der Zusammenhang ist ganz offensichtlich. Durch die Ausrichtung auf die Kulturen der Welt ist das Humboldt Forum eine Art Projektionsfläche für die Restitutionsideologen geworden. Die Wortwahl und Vergleiche der Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy, die 2017 aus der Expertenkommission des Humboldt Forums ausgetreten ist, zeigt den moralisierenden Ton, der angeschlagen wird: 300 Jahre Sammeltätigkeit »mit all den Schweinereien und Hoffnungen, die damit verbunden sind«, das seien nach Savoy wir, das sei Europa. »Man könnte sich unendlich viel vorstellen«, so Savoy weiter, »wenn das Ganze nicht unter dieser Bleidecke begraben wäre wie Atommüll, damit bloß keine Strahlung nach außen dringt. Das Humboldt-Forum ist wie Tschernobyl.« Das Humboldt Forum ist ein privilegierter Austragungsort für einen moralistischen Schuldiskurs geworden, mit der Folge, dass der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Hermann Parzinger, angeregt hat, dort einen Gedenkraum für koloniales Unrecht einzurichten. Man muss aufpassen, dass aus dem Humboldt Forum nicht eine zivilreligiöse Kultstätte eines neuen nationalen Schuldkomplexes zur Kolonialzeit wird.

FDP, Ebbing: Ja und nein. Begonnen hat die Diskussion nach einer Rede von Macron im November 2017 und fand eine Fortsetzung nach dem Bericht von Savoy und Sarr. Aber natürlich ist auch das Humboldt Forum für viele Kritiker des Schlossneubaus im Fokus.

GRÜNE, Kappert-Gonther: Das Humboldt Forum ist sicherlich ein Katalysator, aber nicht der Ursprung der Debatte. Schon in den 1970er-Jahren wurde über das Thema »koloniales Erbe« nachgedacht, und seit vielen Jahrzehnten haben sich zivilgesellschaftliche Initiativen im globalen Süden und in Deutschland um diese Fragestellung verdient gemacht. Doch eine intensive öffentliche Debatte um diese Fragen hat erst mit der bevorstehenden Eröffnung des Humboldt Forums und vor allem durch die hochrelevante Rede des französischen Präsidenten in Burkina Faso eingesetzt. Macron hat in seiner Rede angekündigt, in den nächsten fünf Jahren die Bedingungen für die Rückgabe afrikanischen Kulturguts schaffen zu wollen.

LINKE, Freibold: Mit Sicherheit besteht ein Zusammenhang mit der Eröffnung des Humboldt Forums. Zivilge-

sellschaftliche Initiativen und Verbände fordern diese Debatte seit Jahren ein. Hier ist die Bündniskampagne »No Humboldt21!« zu nennen, die schon früh darauf hingewiesen hat, dass es im Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz eine ganze Reihe unrechtmäßig erworbener Kunstgegenstände oder Kulturgüter gibt. Aber auch die Vertreter der Schwarzen Communities, People of Colour-Aktivist*innen, Berlin Postkolonial e.V., das Bündnis »Völkermord verjährt nicht!« sowie das Komitee für ein afrikanisches Denkmal in Berlin (KADIB) und viele andere haben dieses Thema in den öffentlichen Diskurs gebracht und die maßgeblichen Vorarbeiten geleistet.

KULTURRAT

Zimmermann: Ja, natürlich. Wir würden die Debatte anders oder überhaupt nicht führen, wenn die Eröffnung des Humboldt Forums nicht bevorstehen würde. Einige Politiker haben die Erwartungshaltung sehr hochgeschraubt, und dadurch ist das Humboldt Forum ein Kristallisationspunkt der Debatte geworden. Die drei Gründungsintendanten haben sich zwischen 2015 und 2018 schwergetan, diese Diskussion um Restitution in der ganzen Breite aufzunehmen. Interessant ist auch, dass sich die Debatte zwar auf das Humboldt Forum bezieht, aber vor allem außerhalb desselben stattfindet.

Kunst&Kontext: *Um wie viele bzw. welche Objekte geht es in der Restitutionsdebatte?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Was die quantitative Frage betrifft, muss man nüchtern festhalten, dass sich das bisher weder erfassen noch ermessen lässt. Das liegt sicher auch daran, dass die Träger dieser Kultureinrichtungen in Deutschland sehr unterschiedlich sind. Mal ist es der Bund, dann vor allem die Länder und Kommunen, aber teilweise auch die Universitäten. Es handelt sich um eine breit aufgefächerte Zahl von Institutionen, nicht nur ethnologische Museen, sondern auch natur-, kunst- und kulturhistorische sowie archäologische, aber auch Technik-, Heimat- und Volkskundemuseen. Auch bei den Objekten gibt es eine große Bandbreite. Diese reicht von menschlichen Überresten über sakrale Objekte bis hin zu Herrschaftszeichen, Wappen, Uniformen, Kolonialwaren, etc.

CSU, Ullrich: Das ist die große Frage, und die Antwort erfordert zunächst eine Bestandsaufnahme. Dann müssen die Objekte katalogisiert und eingeordnet werden, denn diese wurden auf völlig unterschiedliche Arten erwor-

ben. Die Freiwilligkeit eines Verkaufes oder einer Schenkung ist zu hinterfragen. Am Ende steht die Entscheidung, ob der damalige Erwerb nach heutigen Maßstäben eine rechtliche Bindung haben kann oder nicht. Natürlich wurde auch einiges gezielt für die ehemaligen »Kolonialherren« angefertigt. Wie freiwillig war das? Jedes Objekt hat ein unterschiedliches Schicksal, und man wird um eine Einzelfallbetrachtung nicht herumkommen; es verbieten sich daher schematische Festlegungen.

SPD, Lindh: Diese Frage kann man nicht wirklich beantworten, weil es keine übereinstimmenden Informationen gibt. Zum einen kann keiner genau benennen, wie viele Objekte es sind, zum anderen ist unklar, wie viele Objekte gewaltsam enteignet wurden. Natürlich gab es auch viele andere Erwerbsarten. Für eine Antwort bräuchte man einen Überblick, was in den Depots und Archiven vorhanden ist. Es wäre also derzeit fahrlässig, eine bestimmte Zahl oder eine bestimmte Art von Objekten zu nennen.

SPD, Diaby: Die Stücke wurden damals auf sehr unterschiedliche Weise erworben. Das Spektrum reicht von der Schenkung über Tausch und Handel bis hin zu Kriegsbeute und Diebstahl. Sobald wir über konkrete Gegenstände reden, können wir uns mit der Erwerbsart befassen, auch wenn die sehr häufig lückenhafte Dokumentation es schwierig macht zu entscheiden, was rechtmäßig und was unrechtmäßig war. Desto wichtiger ist es, mit den jeweiligen Personen in den afrikanischen Ländern in eine respektvolle Beziehung zu treten, um festzustellen, was möglich ist. Das wird auf keinen Fall in einer konfrontativen Form sein, denn so arbeiten wir auch bisher nicht zusammen, und es gibt sehr viele bilaterale Beziehungen zu Ländern, die ehemals Kolonien waren.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Diese Frage konnte auch die Bundesregierung nicht beantworten. Wir haben hierzu im Jahr 2018 eine Große Anfrage gestellt. Es wird geschätzt, dass es in ganz Europa Millionen Artefakte gibt, doch verlässliche Zahlen sind nicht vorhanden. Das macht die Sache so schwierig. Niemand weiß Genaues, aber es lastet ein Generalverdacht auf allen Objekten, die aus diesen Ländern kommen – ein ideales Spielfeld für die Ideologen des Postkolonialismus.

FDP, Ebbing: Das ist eine gute Frage, aber ich kann sie nicht beantworten, und soviel ich weiß, kann es keiner. Auch in den Gesprächen mit Museumsdirektorinnen konnte niemand sagen, um welche Bestände es genau

geht. Hier sind wir noch viel weiter entfernt von einer Bestandsaufnahme als bei der NS-Raubkunst. Dort haben wir seit etwa zwanzig Jahren diese Debatte, und auch hier ist die Frage von den Museumsdirektoren bislang unbeantwortet geblieben. Bei den Kunstgegenständen aus kolonialen Kontexten wird es wohl noch schwieriger sein.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Wir Grüne haben eine Anfrage im Bundestag gestellt, die ergeben hat, dass die genaue Anzahl unbekannt ist. Wir schätzen, dass es sich um Hunderttausende Objekte handelt. Dabei müssen wir verschiedene Kategorien unterscheiden. Im Fokus stehen derzeit die Kunstobjekte. Ich halte aber auch die Beschäftigung mit den »Human remains«, den menschlichen Überresten, ethisch für besonders relevant. Und drittens geht es um sakrale Objekte, die für viele Menschen der Herkunftsgesellschaften von besonderer Bedeutung sind.

LINKE, Freihold: Beim momentanen Stand der Forschung ist es schwierig, eine zuverlässige Auskunft zur Anzahl der Objekte zu geben. Es wird ja von den kulturgutverfügenden Institutionen nach Außen so kommuniziert, als gäbe es keinerlei Überblick über ihre eigenen Depots und Sammlungen und die Inventarlisten. Das ist natürlich falsch. Bis in die 1960er- und 1970er-Jahre wurden die Informationen darüber von den Museen selbst in ihren Museumskatalogen veröffentlicht. So finden sich allein in dem 1973 publizierten Jubiläumsband des Berliner Völkerkundemuseums belastbare Zahlen zu systematischem Kolonialraub. Für das Jahr 1880 werden 3.361 Katalognummern und kurz vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges für das Jahr 1914 bereits 60.182 Katalognummern afrikanischer Provenienz zugeordnet. Bénédicte Savoy stellte fest, dass dies ein Zuwachs von ca. 1.800 Prozent darstelle. Ähnliches gelte auch für kleinere Museen. Bénédicte Savoy hat vor diesem Hintergrund zu Recht darauf hingewiesen, dass eine Debatte über Restitutionen von Kulturgütern bereits vor vierzig Jahren begann, aber durch die Abwehrhaltung der deutschen Museen erstickt worden sei. Sie forderte deshalb, die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit nicht den Museen allein zu überlassen, sondern eine unabhängige Kommission damit zu beauftragen. Es überrascht nicht, dass sich die Kulturstaatsministerin als Antwort auf unsere »Kleine Anfrage« hinter angeblich fehlendem Wissen über die Vorgänge, über die sie Aufsicht trägt, versteckt (vgl. »Mögliche Behinderung der Restitution von Kulturgütern aus kolonialen Kontexten«). (BT-Drs. 19/9700)

KULTURRAT

Zimmermann: Das können nur die einzelnen Museen, Sammlungen und auch Bibliotheken selbst beantworten. Dass offensichtlich kein Museum diese Frage konkret beantworten kann, zeigt eines der zentralen Probleme: Wie können wir die erforderliche Provenienzforschung in der nötigen Breite und Dauer organisieren? Was wird das kosten? Die Einrichtungen brauchen vom Bund fest zur Verfügung gestellte jährliche Budgets, damit sie für die Provenienzforschung dauerhaft Strukturen schaffen können. Selbst dann wird es noch Jahrzehnte dauern, bis man einen vernünftigen Überblick hat. Und selbstverständlich sind auch die Länder und die Kommunen gefragt, denn der weitaus größere Teil der Museen, Sammlungen und Bibliotheken ist in deren Trägerschaft. Auch darf man nicht die privaten und die kirchlichen Sammlungen vergessen.

Kunst&Kontext: *Halten Sie das Wort »Raubkunst« in dem Zusammenhang für geeignet oder ungeeignet?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Der Begriff Raubkunst wird bei uns seit vielen Jahren auf den Kunstraub in der Zeit des Nationalsozialismus angewandt. Ich halte den Terminus »Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten« für geeigneter. In der Kolonialzeit waren die Erwerbsumstände doch sehr unterschiedlich. Daher sollten wir die Begrifflichkeiten unterscheiden.

CSU, Ullrich: Raubkunst ist ein Begriff für die politische Debatte, der bei einigen Kunstgegenständen durchaus seine Berechtigung hat, weil diese nach unserem Verständnis tatsächlich »geraubt« wurden. Aber diese Zuschreibung wird nicht allen Fällen in ihrer Verschiedenheit gerecht. Ich plädiere dafür, dass wir zusätzlich oder ergänzend von »Kunstgegenständen afrikanischer Herkunft oder Provenienz« sprechen.

SPD, Lindh: Der Begriff »Raubkunst« wurde bisher für die systematischen Enteignungen von Juden in der NS-Zeit verwendet. Es ist fraglich, ob eine analoge Verwendung für die Zeit des Kolonialismus richtig ist. Für die Hersteller waren z. B. Masken und Figuren Ritualgegenstände, sie hatten also eine religiöse Bedeutung. Diese Stücke zur Kunst zu erklären war die neue Interpretation einer europäischen Kunsthistoriker- und Künstlerelite der 1920er-Jahre. Während der Kolonialzeit 1884-1919 waren die Objekte weder für die Hersteller noch für die Erwerber Kunst im europäischen Sinne. Daher plädiere ich

dafür, dass man sich auf die Form des Erwerbes konzentriert und neutraler von »Kulturgut aus kolonialem Kontext« sprechen sollte. Das Beispiel zeigt, dass wir in der Debatte auch auf die verwendeten Begriffe achten müssen, sonst setzt sich unbemerkt eine eurozentrische Sicht fort. Wir werden eine neue Sensibilität und große Offenheit brauchen. Wir können nicht festlegen, wie man wiedergutmacht, wie man zu gedenken oder zu erinnern hat, wie Museen in Afrika auszusehen haben, etc., denn dann würden wir wieder bevormundend agieren. Ich maße mir bei der Menge der Objekte in den Sammlungen nicht an zu beurteilen, wie die jeweiligen Erwerbskontexte waren. Das wird in Zukunft zu erarbeiten sein. Wir haben also vor allem einen Klärungsauftrag. Das ist unser Thema.

SPD, Diaby: Wenn es um afrikanische Kunstgegenstände geht, bin ich vorsichtig mit dem Begriff Raubkunst, denn dieser wurde bisher vor allem im Zusammenhang mit der Arierisierung jüdischen Besitzes in der NS-Zeit verwendet. Wir werden der Sache nicht gerecht, wenn wir beides miteinander vermischen. Ich spreche daher von Beutekunst oder Kriegsbeute, weiß aber auch, dass das Wort nur auf einen Teil der Stücke angewendet werden kann.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Der Begriff ist ungeeignet. Damit wird eine begriffliche Nähe zur NS-Raubkunst hergestellt. Das ist irreführend, denn in der NS-Zeit gab es massives Unrecht und durch Gesetze organisierten Raub. Niemand behauptet Ähnliches für die Kolonialzeit. Man könnte von Beutekunst sprechen, aber auch da muss man vorsichtig sein, da nicht alles Beute war. Vieles wurde eigens für die europäischen Kolonialherren hergestellt und an diese verkauft.

FDP, Ebbing: Nicht alle Gegenstände sind geraubt, und nicht alles davon ist Kunst. Es sind auch sehr viele Waffen, Alltagsgegenstände und Souvenirs darunter. Die Frage, ob der Preis dem damaligen Wert entsprach, können wir alle nicht beurteilen. So wie im Falle der blauen Mauritius, die zwar heute einen hohen Wert hat, aber damals recht preiswert zu haben war. Das ist für mich auch nicht der Grund, warum man sich mit dem Thema beschäftigen sollte. In einem Völkerkundemuseum sollte über andere Länder informiert werden. Der vielfältige Bestand ist für mich Teil eines Universalerbes. Wenn wir alle Stücke zurückgeben würden, dann könnten wir das in den Museen nicht mehr bieten. Und wenn wir es ganz

strikt bis zum Ende denken, dann bleiben in deutschen Museen nur deutsche Maler, in Frankreich nur französische und in Italien nur italienische? Wie weit sollen wir die Zeitgeschichte zurückdrehen?

GRÜNE, Kappert-Gonther: Das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste in Magdeburg verwendete zunächst den Begriff »Kulturgut aus kolonialem Kontext«. Dieser ist mir zu neutral und adressiert weder den Unrechtskontext noch die Bereiche der Human Remains und der Sakralobjekte. Der Begriff »Raubkunst« wird bisher für die »Arisierung«, also die systematische Ausplünderung von Jüdinnen und Juden in der Nazi-Zeit, verwendet. Ich finde es sehr relevant, dass es hier nicht zu einer Gleichsetzung kommt, da sonst die Singularität der Schoa verwischt werden könnte. Außerdem gibt es in der Washingtoner Erklärung einen sehr genauen Katalog, wie Raubkunst zu definieren ist, und das wird nicht einfach auf »Beutegut« aus der Kolonialzeit übertragbar sein. Da Sprache das Bewusstsein konstituiert, sollte im Begriff erkennbar sein, dass Kolonialherrschaft ein Unrechtsregime war und beim Erwerb der Objekte ein struktureller Unrechtskontext anzunehmen ist. Das mag im Einzelfall anders gewesen sein, strukturell aber gibt es da aus meiner Sicht keinen Zweifel.

LINKE, Freihold: Ein präziser Rechtsbegriff ist Raubkunst zunächst einmal nicht. Zu hinterfragen ist auch, ob die Umdeutung ursprünglich (in Afrika) sakral verwendeter Gegenstände in Kunst (in Europa seit den 1910er-Jahren) angemessen ist. Ist der Begriff Kunst eine eurozentrische Interpretation? »Kulturgüter« wäre daher der treffendere und umfassendere Begriff. Auf jeden Fall geht es aber um den unrechtmäßigen Erwerb bzw. Aneignung, um Raub, bei dem das Eigentumsrecht der Eigentümer verletzt wurde. In einer gemeinsamen Stellungnahme haben die Kulturminister der Bundesländer Hamburg, Bremen, Berlin, Brandenburg und Thüringen im März 2019 Eckpunkte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialem Kontext definiert. Darin wird festgestellt, dass Kolonialismus auf einer Vorstellung von kulturellen und biologischen Ungleichwertigkeiten basierte und ein System von Herrschafts-, Gewalt- und Ausbeutungsverhältnissen war. Das war die Grundlage für den Kulturgutraub. Entscheidend war also der Gewalt- und Unrechts-Kontext, ein unvorstellbares Ausmaß kolonialrassistischer Maßnahmen, welche dazu führten, dass es heute in unseren Museen diese große Anzahl von geraubten Gütern gibt.

KULTURRAT

Zimmermann: Der Begriff wurde bisher für Beutekunst aus der NS-Zeit oder auch NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut verwendet. Diese Verbrechen dürfen nicht gleichgesetzt werden mit dem Raub von Artefakten in der Kolonialzeit. Das ist nicht dasselbe. Daher halte ich den Begriff »Sammlungsgut aus kolonialem Kontext« für besser.

Kunst&Kontext: *Ist das historische Königreich Benin ein geeignetes Beispiel für die Themen »Raubkunst« und »Restitution«? Welche Beispiele würden Sie wählen?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Die Benin-Bronzen sind sicherlich ein Beispiel dafür, dass die Erwerbsgeschichten einer kritischen Prüfung unterzogen werden müssen. Ein weiteres und aktuelles Beispiel ist die Rückgabe zweier Objekte nach Namibia.

CSU, Ullrich: Das Thema Benin-Bronzen wird in der Fachwelt sehr differenziert diskutiert. Das ist zu berücksichtigen.

SPD, Lindh: Die »Benin-Dialog-Group« ist für mich ein Beispiel der Zusammenarbeit. In diesem Fall hat man gemeinsam vereinbart, Objekte als Leihgaben an ein neu zu bauendes Museum in Benin-City zu geben.

SPD, Diaby: Die Benin-Bronzen sind ein Fall von Kriegsbeute, die damals von den englischen Truppen nach der Eroberung von Benin City mitgenommen wurden. Ein Teil wurde von deutschen Museen auf Kunstauktionen, von Händlern und Privatpersonen erworben. Ein weiteres Beispiel ist die Bibel von Hendrik Witbooi.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Das Grundproblem ist, dass die Länder, aus denen die Objekte stammen, als Opfer dargestellt werden und die Europäer ausnahmslos als Täter gelten. Es gab in der Kolonialzeit unglaubliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit, so z. B. in Belgisch-Kongo. Das steht außer Frage. Im Fall des Königreiches Benin ist zu bedenken, dass es dort noch in einer Zeit Sklaverei und Menschenopfer gab, als diese in Europa und in den Kolonien schon geächtet waren. Außerdem war Benin selbst ein Kolonialreich, das blutige Eroberungskriege geführt und Nachbarn unterworfen hatte, von diesen jährliche Tributzahlungen verlangte, usw. Mein Anliegen ist, dass wir die Debatte versachlichen und aus einer Schwarz-Weiß-Sicht, die in Opfer und Täter teilt, herauskommen. In den

meisten Kriegen wurde auch Kunst geraubt. Mich stört an der bisherigen Debatte auch die Unverhältnismäßigkeit der Beurteilung von Beutekunst. Es gibt eine starke Tendenz, aus Deutschland geraubte Kunst als eine Art »Abläss« und als selbstverständlich verloren zu betrachten. Umgekehrt ist man Täternation und in einer starken Selbstbeziehungshaltung bei Artefakten, die aus Afrika stammen. Hier besteht ein starkes Missverhältnis, und es werden unterschiedliche Kriterien angelegt. Es wird so getan, als wäre die Gut-Böse-Verteilung ganz eindeutig. So ist es aber nicht, es gibt Zwischentöne. Bei differenzierter Betrachtung wird Geschichte schnell kompliziert, und dann lässt sich der moralistische Schulddiskurs nicht mehr aufrechterhalten.

FDP, Ebbing: Hat das Königreich Benin nicht auch Sklavenhandel betrieben und ist damit reich geworden? Hat es seine Nachbarn in Kriegen unterworfen, die dann zu Tributzahlungen verpflichtet waren? Es wäre sicher gut, auch mit den Nachbarn Benins zu reden, bevor wir die Restitution von Objekten dorthin erwägen. Aus deutscher Sicht sind Namibia, Kamerun, Tanzania oder Togo naheliegender.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Dem Historiker Jürgen Zimmerer zufolge sind die Benin-Bronzen die am deutlichsten als Raubkunst zu bewertenden kolonial geraubten Objekte, die es weltweit gibt. Ich folge seiner Einschätzung. Aber wir sollten nicht nur auf diese besonders prominenten Stücke schauen, sondern auch auf Stücke, deren Erwerbgeschichte bisher nicht öffentlich bekannt ist. Damit rücken viele kleine und unbekanntere gesellschaftliche Gruppen in den Fokus, die bis heute Minderheiten sind. Das ermöglicht uns einen anderen Blick auf die Herkunftsgesellschaften. Wir beschäftigen uns ja nicht nur aus akademischen Gründen mit dem Thema, sondern aufgrund der drängenden Frage nach den Auswirkungen der deutschen Kolonialherrschaft auf die Gegenwart und die Zukunft.

LINKE, Freihold: Die Bronzen Benins sind nicht nur handwerklich herausragend, sie waren so etwas wie das kollektive Gedächtnis. Auch der Raub ist belegt. Benin City wurde von britischen Truppen geplündert. Es ist nicht hinnehmbar, dass diese jetzt ohne die Zustimmung der Herkunftsgemeinschaft ausgestellt werden. Wir fordern, dass diese Kulturgüter noch vor der Eröffnung des Humboldt Forums zurückgegeben werden. Schließlich hat Kulturstaatsministerin Monika Grütters anlässlich des Richtfestes im Jahr 2015 selbst gesagt: »Wir können

hier ehrlichen Herzens nur zeigen, was von den Herkunftsvölkern auch ehrlichen Herzens hier gelassen wird.«

KULTURRAT

Zimmermann: Das kann ich nicht beurteilen.

Kunst&Kontext: *Geht die Restitutionsdebatte von konkreten Forderungen afrikanischer Herkunftsgesellschaften aus?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Unser Umgang mit dem kolonialen Erbe ist heute ein anderer als noch vor Jahrzehnten. Letztlich ist dies der Anlass, sich mit dem Thema zu befassen. Natürlich gab und gibt es auch vereinzelte Rückgabeersuchen, die eine Rolle spielen, aber unsere Beschäftigung resultiert eher aus einem sich wandelnden Blick auf die koloniale Geschichte. Die Ersuchen und Wünsche aus afrikanischen Ländern sind also derzeit nicht der alleinige Motor für diese Debatte.

CSU, Ullrich: Die Forderungen werden von vielen afrikanischen Staaten oftmals als nicht so vordringlich erachtet, wie wir es in Europa selbst einschätzen. Die Restitutionsfrage spielt aktuell in den meisten Beziehungen mit afrikanischen Ländern eher eine untergeordnete Rolle. Es gibt auch keine gemeinschaftliche und einheitliche Haltung afrikanischer Staaten zu dem Thema. In Gesprächen mit Vertretern afrikanischer Staaten geht es meist um Bildung, Gesundheitsversorgung, Sicherheit, Investitionen und Öffnung der Märkte. Die Diskussion zum Thema Restitution führen wir derzeit stärker in Europa, genauer gesagt in Deutschland und sicherlich auch in Frankreich, was aufgrund unserer historischen Verantwortung auch richtig ist. Die Abwesenheit konkreter Forderungen liegt vielleicht auch daran, dass vielerorts in Afrika gar nicht richtig bekannt ist, was sich in deutschen Völkerkundemuseen befindet. Wir haben also den Auftrag, die Bestände mit Foto öffentlich zu machen. Das meine ich mit Katalogisierung und Einordnung. Die europäischen Länder sollten in der Restitutionsfrage auf die afrikanischen Staaten zugehen, dürfen sich damit aber auch nicht aufdrängen. Viele von ihnen haben derzeit andere Prioritäten, und wir sollten nicht mit der Restitutionsdebatte davon ablenken, dass wir daneben andere Probleme vordringlich lösen müssen.

SPD, Lindh: Die derzeitige Restitutionsdebatte ist zunächst eine deutsche, eine französische und vielleicht in Zukunft eine europäische. Sie war und ist kein Auftrag,

der aus den afrikanischen Gesellschaften kommt. Man sollte also unbedingt dort nachfragen: Was sind die Debatten, die euch interessieren? Was hat bei euch Priorität?

SPD, Diaby: Die bisherigen konkreten Forderungen kommen von einzelnen Personen oder bestimmten Familien. Diese sind berechtigt, aber wir müssen dann bei der weiteren Diskussion und der Bearbeitung auch die gewählten Vertreter und weitere Berechtigte einbeziehen.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Es gibt nur sehr wenige Beispiele für konkrete Rückgabeforderungen. Zugespitzt gesagt, ist die bisherige Restitutionsdebatte ein deutscher bzw. westlicher Diskurs. Hauptantriebskraft ist die Identitätskrise, manchmal scheint es sogar der Selbsthass gewisser Kreise in Deutschland, jedenfalls nicht die vorliegenden konkreten Forderungen aus Afrika. Außerdem stellen Gesellschaften selten Forderungen. Sie sind ein vielfältiges Konglomerat und haben weder eine Adresse noch klare Repräsentanten. Es gibt aber immer einzelne Personen und Gruppen, die sich zu selbsternannten Vertretern von Gesellschaften aufschwingen. In diesem Fall sind es vor allem die postkolonialen Aktivist:innen, die in westlichen Ländern leben. Nur wenige von ihnen sind in Afrika geboren, dort ausgebildet und arbeiten auch dort. Achille Mbembe (Kamerun) und Felwine Sarr (Senegal) kommen derzeit in der Öffentlichkeit häufig zu Wort. Sie leben in afrikanischen Großstädten und haben einen Teil ihrer universitären Ausbildung in Europa durchlaufen. Mit welchem Recht treten sie als Sprecher für alle Menschen des Kontinents oder dunklerer Hautfarbe auf?

Niemand hat bisher die Frage gestellt, ob in den Ländern Afrikas unsere typische Wertschätzung alter und benutzter Gegenstände verbreitet ist. Welche Bedeutung haben diese historischen Überbleibsel in den Museen für die heutigen Nachfahren der Hersteller? Stellen sie entsprechende Gegenstände heute noch her? Sind diese vielleicht wichtiger als die historischen Objekte? Die Ironie der Restitutionsdebatte ist, dass man auf den anderen zugehen, diesen respektieren und ihm nichts überstülpen will, dass man aber genau das tut, weil wieder mal eigene, westliche Vorstellungen dominieren. Selten wird nach den tatsächlichen Interessen in Afrika gefragt. Auch deswegen bin ich für ein differenzierteres Herangehen. Damit nicht mit einfachen Lösungen, die nur auf den westlichen Vorstellungen basieren, gearbeitet wird. Die

Debatte ist im Moment völlig eurozentrisch.

FDP, Ebbing: Wenn es so wäre, dann wäre alles einfacher. Die Debatte ist derzeit stark von der französischen Diskussion (Savoy & Sarr) geprägt, und ich entdecke darin eine Art von neuem Kolonialismus. Wieder mal glauben einige Europäer zu wissen, was gut für Afrika ist. Wie können wir hier entscheiden, was für die vielen verschiedenen afrikanischen Staaten das Beste wäre? Wenn sie die Debatte ernsthaft führen wollten, dann hätten sie sich vorher mit Vertretern der Herkunftsländer zusammengesetzt und Fragestellungen erarbeitet, um Lösungen vorzuschlagen. Dann würde es auch um konkrete Objekte gehen und nicht um eine abstrakte Restitutionsdebatte. Im Kulturausschuss haben wir festgestellt, dass es bei Anfragen schwierig war, Vertreter von Herkunftsländern zu finden. Das Interesse war nicht vorhanden. Das sagt doch viel aus. Wenn die afrikanischen Staaten noch nicht wissen, was sie wollen, können wir es wissen? Wir haben aber auf jeden Fall die Verantwortung, die Objekte bestmöglich aufzubewahren.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Zivilgesellschaftliche Initiativen im globalen Süden und in Deutschland weisen seit Langem auf das Thema hin, aber konkrete bzw. offiziell an Bund und Länder gerichtete Forderungen gibt es bisher nur wenige. Allerdings wissen die Herkunftsgesellschaften auch gar nicht, was in wessen Beständen alles lagert. Wir müssen also zuerst unseren Job machen und die Objekte mit Fotos und mehrsprachigen Vermerken online stellen.

LINKE, Freihold: Wir brauchen eine gesetzliche Grundlage, um die Ansprüche regeln zu können, sobald sie vorliegen. Das wäre auch im Sinne der gegenwärtig über das Kulturgut Verfügenden, um Rechtssicherheit herzustellen. Allerdings bleibt ein Verbrechen immer ein Verbrechen, und daraus müssen rechtliche Konsequenzen folgen, insbesondere Restitution bzw. Entschädigungen. Eine notwendige Grundlage dafür sind zunächst entsprechende Online-Datenbanken mit Fotos von den Objekten, die weltweit zugänglich sein müssen. Diese gibt es derzeit aber noch nicht. Die Menschen in den afrikanischen Herkunftsgesellschaften können daher gar nicht wissen, was alles in den Museumsdepots lagert.

KULTURRAT

Zimmermann: Was die afrikanischen Herkunftsgesellschaften wollen, ist eine spannende Frage. In der aktuellen Ausgabe von »Politik & Kultur«, der von mir heraus-

gegeben Zeitung des Deutschen Kulturrates haben wir ein Interview mit dem namibischen Botschafter in Deutschland veröffentlicht. (05/2019: 4) Andreas Guibeb spricht neben der Rückgabe der »wichtigsten Objekte« von Unterstützung beim Aufbau von Museen. Das betrifft vor allem die Aufbewahrung und die Präsentation. Weiterhin stellt er die Frage, ob die Touristen-Visa für Besucher aus Namibia erleichtert werden könnten, und weist auf eine Eigenart der Planung wirtschaftlicher Zusammenarbeit hin: »Wenn ein ‚Marshallplan für Afrika‘ diskutiert wird, so sind es Lösungsvorschläge, die zu meist ohne afrikanische Beteiligung konzipiert sind.« Generell geht es ihm um eine engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Namibia, die auch die gemeinsame Geschichte berücksichtigt.

Kunst&Kontext: *Was spricht für, was gegen eine Beweislastumkehr?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Ich halte es für sinnvoller, die Auseinandersetzung mit dem Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten über die Provenienzprüfung zu führen. Dieses Verfahren dauert zwar länger, aber so erarbeiten wir uns die Zusammenhänge. Mit einer Beweislastumkehr beschneiden wir uns dieser Möglichkeit, wir reduzieren die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Das ist für mich ein fundierterer Weg, um zu erkennen, wo Unrecht geschehen ist. Übrigens kann die Provenienzforschung auch gemeinsam mit den Anspruchstellern realisiert werden.

CSU, Ullrich: Eine generelle Beweislastumkehr ist ungeeignet, weil wir damit die einzelnen Fälle in ihrer jeweiligen Besonderheit nicht ermessen. Eine Beweislastumkehr wird übrigens von den afrikanischen Staaten auch nicht verlangt.

SPD, Lindh: Ich habe das bewusst provokant formuliert, dass die primäre Beweislast nicht bei den Nachfahren der Herstellerkultur bzw. den Antragstellern liegt. Daraus folgt jedoch nicht, dass alle Objekte zwingend zurückzugeben sind. Wir haben also keine Beweislastumkehr mit dem Ergebnis, dass komplett und umfassend restituiert wird. Beweislastumkehr verstehe ich als moralischen und wissenschaftlichen Auftrag. Deutsche Museen haben die Pflicht, die Erwerbsumstände der Objekte in den eigenen Beständen zu klären. Das ist unsere Aufgabe und nicht die der Herkunftsgesellschaften. Diesen Auftrag und diese Arbeit hat die deutsche Politik zu unterstützen.

Die Forderung »ihr müsst jetzt alles zurückgeben, was ihr nicht mit einem fairen Preis bezahlt habt«, wird im übrigen auch gar nicht gestellt.

SPD, Diaby: Man sollte nicht juristisch an die Sache herangehen, sondern politisch. Es geht ja um eine breitere Aufarbeitung der Kolonialzeit, die von dem Interesse an einer gemeinsamen Geschichte und den heutigen Begegnungen getragen wird.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Dafür spricht nichts und dagegen alles. Die Beweislastumkehr wäre eine Art Persilschein, mit dem sich verschiedene Gruppen aus europäischen Museen frei bedienen können. Der finanzielle und juristische Aufwand wäre in jedem einzelnen Fall enorm und wahrscheinlich gar nicht zu handhaben, sodass die Gefahr bestünde, dass die Objekte gleich ohne Prüfung herausgegeben würden. Das würde der Ausplünderung europäischer Museen Tür und Tor öffnen. Ungelöst wäre trotz einer Beweislastumkehr die wichtigste Frage: Wer ist der Anspruchsberechtigte? Heutige Staaten herrschen häufig über ethnische Minderheiten, die in diesen gar nicht sein wollen. Die generelle Regelung einer Rückgabe an den jeweiligen Staat kann es also nicht sein. Und was soll man machen, wenn sich mehrere Anspruchsteller melden?

FDP, Ebbing: In den allermeisten Fällen können weder die Museen den rechtmäßigen Erwerb noch die Herkunftsgesellschaften die unrechtmäßige Entwendung beweisen. Die zweite Schwierigkeit ist dann, an wen zu restituieren ist. Daher halte ich eine unbedingte Rückgabe ohne Beweiskette für äußerst fragwürdig. Wenn Ansprüche gestellt werden und die gemeinsame Einzelfallprüfung zu einem Ergebnis führt, dann sollte aber auch zurückgegeben werden können.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Mit der Beweislastumkehr erhalten die Herkunftsgesellschaften eine stärkere Ausgangsposition. In der Kolonialzeit gesammelte Objekte stehen solange unter dem Verdacht, unrechtmäßig erworben zu sein, bis das Gegenteil bewiesen ist. Auch wenn keine Erwerbsdokumentation vorhanden ist, heißt es im Zweifel: für den Antragsteller. Wir brauchen neue Bundes- und Landesgesetze, die Restitution standardisieren und Rechtsansprüche definieren. Dann können die Herkunftsgesellschaften ihre Anträge stellen, und die Kulturgutbewahrende Institution muss beweisen, dass das Objekt rechtmäßig erworben wurde. Wir Grüne hal-

ten das für eine gerechtere Lösung.

LINKE, Freihold: Das ist eine juristische Frage, in welche die historische Dimension kolonialen Unrechts einfließen muss. Zu berücksichtigen ist, wie die Kulturgüter im kolonial-rassistischen Kontext entzogen wurden. Es bestand eine strukturelle Gewalt und ein enormes Machtgefälle zwischen den Herrschenden und den Kolonisierten. Daher muss die Frage, ob überhaupt in der damaligen Situation von gutgläubigem Erwerb ausgegangen werden kann, sehr genau geprüft werden. Wir wollen, dass in einem Restitutionsgesetz geregelt wird, dass durch die Einrede gutgläubigen Erwerbs ein Herausgabeanspruch nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden darf. Ich bin überzeugt, dass ein Erwerber von Kulturgütern aus kolonialen Kontexten hier besondere Sorgfaltspflichten zu vertreten hat. Da es sich bei Kolonialraub nicht um gewöhnlichen Mobiliarerwerb handelt, sondern um Kulturgüter von besonderer historischer und identitätsstiftender Bedeutung, muss der Erwerber ein höheres Maß an Aufklärungsbemühungen bezüglich der Provenienz des Kulturgutes nachweisen. Wir müssen nämlich bei solchen Gütern grundsätzlich einen bösgläubigen Erwerb während der Kolonialzeit annehmen. Daraus folgt, dass den Erwerber eine besondere Erkundigungsobligenheit treffen muss und er nachzuweisen hat, dass er alles Notwendige zur Bestimmung der Provenienz eines Kunst- und Kulturgutes und der Berechtigtenposition des Veräußerers getan hat. Der Vertrauensschutz der Erwerber bei Kulturgütern muss hier im Grundsatz hinter das Bestandsinteresse der ursprünglichen, ehemals beraubten Eigentümer zurücktreten. Das ist nur fair, denn ein gutgläubiger Erwerber von heute bleibt in den meisten Fällen ohne finanziellen Schaden, da er sich regelmäßig beim Veräußerer schadlos halten kann.

KULTURRAT

Zimmermann: Einer konkreten Anfrage aus den Herkunftsländern kann sich heute kein Museum und kein politisch Verantwortlicher ernsthaft entziehen. Mir ist daher nicht klar, was eine Beweislastumkehr bringen sollte. Ein Missbrauch ist bei einem Automatismus aber durchaus denkbar. Wenn das Museum nicht beweisen kann, dass damals rechtmäßig erworben wurde, ist zurückzugeben. Ich ziehe die Einzelfallprüfung einer generell anzuwendenden Beweisumkehrpflicht vor. Wir haben als Deutscher Kulturrat eine Art Ethikbeirat empfohlen, der bei Zweifelsfällen Entscheidungen tref-

fen soll. Noch wichtiger ist für mich die Frage: Wo und wie können die Objekte und die Akten von den Vertretern der Herkunftsländer eingesehen und geprüft werden?

Kunst&Kontext: *Wie beurteilen Sie den derzeitigen Digitalisierungsstand der Völkerkundemuseen und den Zugang zu den Archiven und Sammlungen?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Viele Institutionen benötigen bei der Digitalisierung ihrer Bestände weitere Unterstützung. In den Eckpunkten für den Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten ist dies als Ziel des Bundeskulturministeriums definiert. Das zeigt, dass diese Aufgabe erkannt ist. In dem Bereich wird auch das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste, das vom Bund unterstützt wird, nach und nach seine Rolle einnehmen und Aktivitäten entfalten.

CSU, Ullrich: Ich glaube, da ist noch Luft nach oben. Es wird eine der großen Aufgaben der nächsten Jahre sein, die Gegenstände zu katalogisieren, zu digitalisieren und online zu setzen. Sonst weiß ja niemand, was in den Depots der Museen alles lagert.

SPD, Lindh: Ausbaufähig. Sowohl bei der Digitalisierung wie auch beim Zugang. In den Museen ist nicht ausreichend Personal vorhanden, um kurz- oder mittelfristig alle Objekte zu fotografieren, eine Bestandsaufnahme und Inventur durchzuführen und dann auch noch vielen Besuchern den Zugang zu Objekten im Depot zu ermöglichen. Dafür brauchen die Museen vonseiten des Bundes, der Länder und der Kommunen Unterstützung. Das sollte ein gemeinsames Bestreben, eine konzertierte Aktion sein.

SPD, Diaby: Wie der Stand in den Völkerkundemuseen ist, kann ich nicht im Detail sagen. Es gibt auch keine umfassende Bestandsaufnahme und Inventur. Zu wenig beachtet ist in Deutschland, dass das Musée de quai Branly in Paris bei seiner Eröffnung im Jahr 2006 die gesamte Sammlung online setzte, und zwar jedes Objekt mit Foto. In Deutschland kann dies kein Völkerkundemuseum vorweisen. Wie also könnten in den afrikanischen Ländern die Bestände in Deutschland bekannt sein?

OPPOSITION

AFD, Jongen: Gemessen an dem, was noch zu tun ist, beginnt die Digitalisierung ja erst. Zumindest ist Online bisher wenig von dem sichtbar, was sich deutschlandweit in den Depots und in den Archiven alles befindet. Es liegt

im Trend der Zeit, die Bestände digital zu archivieren und aufzuarbeiten. Wenn man allerdings die Digitalisierung nur wegen möglicher Rückgabeforderungen vorantreibt, so fände ich das sehr bedenklich.

FDP, Ebbing: Es ist schwer, dies von Außen zu beurteilen. Öffentliche Museen müssen aber ihre Bestände auch öffentlich machen. Da reichen dann nicht ein paar Textzeilen, sondern zu jedem Objekt muss auch mindestens ein Foto online sein. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Daher gehe ich davon aus, dass noch eine Menge zu tun ist. Dafür muss dann natürlich auch Geld zur Verfügung gestellt werden. Erst wenn jedes Objekt mit Foto online ist, können potentielle Anspruchsteller aktiv werden.

GRÜNE, Kappert-Gonther: Der aktuelle Stand ist ein zentrales Problem. Wir wissen viel zu wenig darüber, was in deutschen Archiven und Museen lagert. Daher haben wir einen Dreiklang von Inventarisierung – Digitalisierung – Provenienzforschung vorgeschlagen. Inventarisierung heißt, dass jedes Objekt zu fotografieren, zu messen und der restauratorische Zustand zu klassifizieren ist. Das Ergebnis ist die Aufnahme des heute vorhandenen Bestandes und dann eine Inventur zur Feststellung der fehlenden Stücke. Frankreich ist da schon viel weiter. Diese Arbeit war z. B. im Musée du quai Branly (Paris) schon bei der Eröffnung im Jahr 2006 beendet. Unter Digitalisierung verstehen wir, dass ein zentrales online-Datenarchiv entstehen soll, in dem die digitalisierte Sammlungsdokumentation und die Objektfotos aller Museen mit einheitlichem Thesaurus zusammengefasst sind. Wenn diese Arbeit getan ist, dann sind wir in der Lage, umfassend und proaktiv der jeweiligen Herkunftsgesellschaft den Bestand mitzuteilen, und es kann mit gemeinsamen Provenienzforschungsprojekten begonnen werden. Die Herstellung gemeinsamer Strukturen ist also mehr als nur Provenienzforschung und wird weit mehr kosten, als derzeit für die Provenienzforschung verausgabt wird. Das ist eine politische Entscheidung, die wir Grüne für geboten halten. Diese kulturpolitisch zentrale Aufgabe wird gesellschaftspolitisch einen noch größeren Wert haben.

LINKE, Freihold: Der derzeitige Stand der Digitalisierung ist unzureichend. Vielerorts wurde damit noch nicht einmal richtig angefangen. Der Zugang zu den Archiven und den Depots kann aber jetzt schon ermöglicht werden. Begrüßenswert wäre weiterhin eine gesetzliche Regelung der Pflicht der über das Kulturgut Verfügenden zur Inventarisierung und regelmäßigen Inventur, die es

z. B. in Frankreich seit 2002 gibt. Wegen der bereits erwähnten Sorgfalts- und Obliegenheitspflicht der Museen ist ein gesetzlicher Rahmen für die Aufbewahrung nötig. Hier könnte die Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung der UNO, die im Jahr 2024 endet, einen zwar anspruchsvollen, aber machbaren Zeitrahmen liefern, um bis dahin die Erfassung abgeschlossen zu haben.

KULTURRAT

Zimmermann: Voraussetzung ist eine gemeinsame Datenbank, in der Fotos aller Objekte und weiterführende Informationen, sogenannte Meta-Daten, vorhanden sind. Ich muss zunächst den Bestand kennen, bevor ich etwas einfordern kann. Das ist der eigentliche politische Skandal, dass diese Grundlagen durch zu wenig Personal und zu wenig Ausstattung in der Vergangenheit heute nicht vorhanden sind. Da es sich um viele Hunderttausend, wenn nicht Millionen von Objekten handeln soll, stellt sich die Frage, wie diese Aufgabe zu bewältigen ist. Das ist eine große Herausforderung. Eine grundsätzliche Aufgabe von Politik ist ja, nicht nur zu sagen, was man will, sondern vor allem, wie und mit wie viel Geld dies zu tun ist. Erst dann wird Politik konkret, wenn im Haushalt ein Budget gebildet ist.

Kunst&Kontext: *Ist die Aufbewahrung der historischen Objekte gesichert? Kennen Sie das Depot in Dahlem?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Ich gehe davon aus, dass alles für die Sicherung getan wird, das Depot habe ich aber noch nie in Augenschein genommen.

CSU, Ullrich: Das Depot in Dahlem kenne ich nicht. Ich gehe aber zugunsten der Völkerkundemuseen davon aus, dass eine sachgerechte Lagerung in den Depots möglich ist. Fast alle Museen können nur einen Bruchteil ihres Bestandes ausstellen. Wir müssen natürlich sicherstellen, dass die Museen ihre Aufgabe der ordnungsmäßigen Lagerung der Objekte erfüllen können. Das ist keine kleine Aufgabe. Das ist sehr zeitintensiv und sehr teuer. Es muss aber geleistet werden und sollte auch kontrolliert werden

SPD, Lindh: Aus persönlicher Anschauung kenne ich das Depot in Dahlem nicht.

Wie ich gehört habe, handelt es sich um einen stark sanierungsbedürftigen Bau aus den 1960er-Jahren. In diesem Jahr beginnen Baumaßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes. In der Vergangenheit gab es Pro-

bleme mit Regenwasser und, da das Gebäude nicht dicht ist, gibt es dort ein Insektenmanagement. Es wird also beobachtet, welche Insekten vorhanden sind. Befallene Objekte werden in einer Stickstoffkammer behandelt, kommen dann aber wieder zurück in die gleichen Depoträume. Das ist natürlich kein guter Zustand, und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz wird hier in Zukunft mehr Unterstützung des Bundes benötigen. Es ist schon eine etwas eigenartige Situation: Wir wissen derzeit nicht, was wir haben, und auch nicht, in welchem Zustand die Objekte vorhanden sind. So stellt sich für alle Museen die Frage, ob die Aufbewahrungsbedingungen heutigen Vorschriften zum Brandschutz, Raumklima, Schutz vor Insekten und Feuchtigkeit, etc., genügen. Die Antwort müssten die Rechnungshöfe der Länder geben können, denn die Träger der Museen sind meist die Bundesländer oder die Kommunen. In einem föderativ organisierten Land wie unserem kann der Bund Entwicklungen unterstützen, aber diese durchzuführen ist eine Aufgabe der Länder und Kommunen.

SPD, Diaby: Nein, das Depot in Dahlem kenne ich nicht. Die sachgemäße Aufbewahrung ist für alle Museen eine große Herausforderung, denn wir bewahren ja möglicherweise – wenn es zur Rückgabe kommt – nur im Auftrag Dritter. Wir haben also auch eine außenpolitische Verantwortung für die Objekte.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Das Depot in Dahlem kenne ich nicht persönlich, aber wie ich von Experten weiß, befindet sich dieses in keinem guten Zustand. Das zeigt, dass die Museen hinsichtlich der sachgemäßen Aufbewahrung unterstützt werden müssen und dass eine solche selbst in unseren Breiten und mit unseren finanziellen Mitteln oft schwierig ist.

FDP, Ebbing: Ja, ich war im Depot in Dahlem. Dabei wurde das »Insekten-Management« kurz angerissen, aber es wurde nicht als Problem dargestellt. Offensichtlich werden derzeit auch Feuerschutzmaßnahmen durchgeführt. Als Politiker kann ich aber nicht bewerten, ob der aktuelle Zustand heutigen Standards genügt. Ich bin kein Fachmann. Hier könnte aber z. B. der TÜV oder eine unabhängige Einrichtung mit der Prüfung beauftragt werden.

GRÜNE, Kappert-Gonther: Ich weiß, dass vieles in Dahlem renovierungsbedürftig ist, darunter auch der Depotbereich. Außerdem platzt das dortige Depot aus allen Nähten. Aus Gesprächen ist mir bekannt, dass auch in

anderen Museen die Lagerflächen nicht ausreichen. Allerdings gibt es auch sehr gute Beispiele, wie das Schaudepot des Überseemuseums in Bremen oder das neue Depot des Rautenstrauch-Joest-Museums in Köln. Es geht bei diesem Thema nicht um Schuldzuschreibungen, vielmehr ist dies eine strukturelle Aufgabe. Da in der Vergangenheit die Mittel nicht ausreichten, müssen wir diese in Zukunft bereitstellen. Eine wichtige Frage ist, ob zukünftig die Rechnungshöfe der Länder und des Bundes die Depots regelmäßig prüfen, um die ordnungsgemäße Lagerung festzustellen.

LINKE, Freibold: Nein, das Depot in Dahlem kenne ich nicht persönlich. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) wollte eine Potenzial-Analyse für Dahlem durchführen, deren Ergebnisse bereits Ende März vorgelegt werden sollten. Dieser Bericht würde eine Einschätzung ermöglichen, soll allerdings erst Anfang Juli dem Stiftungsrat der SPK vorgestellt werden. Nach unserem Kenntnisstand sollen die Sammlungen des Museums für Asiatische Kunst und des Ethnologisches Museums ins Humboldt Forum umziehen, wo sie die zur Verfügung gestellten 23.000 m² nutzen sollen. In Dahlem verbleiben dagegen das Museum Europäischer Kulturen und die Restaurationswerkstätten.

KULTURRAT

Zimmermann: Nein, im Dahlemer Depot war ich noch nicht. Einige für Dahlem verantwortliche Personen haben mir gesagt, dass es dort problematisch sei. Anfangs war die dortige Situation eine der Begründungen, die Sammlungen zumindest teilweise im Humboldt Forum unterzubringen. Jetzt wird aber deutlich, dass große Teile der Sammlungen dauerhaft in Dahlem verbleiben müssen, ohne dass sich dort viel verändert hat.

Kunst&Kontext: *Reichen jeweils auf zwei bis drei Jahre ausgelegte Provenienzforschungsprojekte, oder müssten auch die Strukturen in den Museen verbessert bzw. verändert werden?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Seit Anfang 2019 verfügt das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste über einen Etat zur Erforschung von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten. Die Verträge über Projektförderungen sind jeweils auf maximal 36 Monate begrenzt. Mit dieser Begrenzung hat man auch im Bereich der NS-Aufarbeitungsprovenienzforschung gute Erfahrungen gemacht, sodass man sich nun wieder an diesem Zeitrahmen orientiert. Die Arbeit

hat begonnen, und das wird in Zukunft zur Kontinuität der Provenienzforschung beitragen.

CSU, Ullrich: Ich vermute, dass es länger dauern wird. Bei der Fülle der Objekte dürften zwei bis drei Jahre nicht reichen.

SPD, Lindh: Bei der zeitlichen Dauer der Provenienzforschungsprojekte zeigt sich das Grunddilemma der »Projektitis«. Wenn alles eingespielt ist und produktiv gearbeitet wird, dann ist das Projekt ausgelaufen. Vor allem im kultur- und sozialpolitischen Bereich sind Projekte mit Laufzeiten von zwei bis drei Jahren geradezu eine Krankheit. Natürlich ist das ein haushaltstechnisches Problem, denn einmal geschaffene Stellen sind nur schwer wieder abschaffbar. Was wir anstreben sollten, ist, dass auch längere Projektlaufzeiten von etwa fünf bis zehn Jahren möglich sind. Außerdem sollte die Aufgabe der Provenienzforschung in Zukunft auch strukturell in den Museen verankert sein. Wenn wir Transparenz und Zugänglichkeit wollen, dann brauchen wir dafür auch Forschung und Betreuung.

SPD, Diaby: Provenienzforschung ist ein extrem komplexes Unterfangen, und ich fand die folgende Äußerung des Frankfurter Ethnologen Karl-Heinz Kohl interessant, der sagte: »Die Herkunft der einzelnen Exponate ist kaum zu klären.«

OPPOSITION

AFD, Jongen: Veränderungen gibt es ständig, weil sich die Technik und das Wissen entwickeln. Daher sind auch permanent Investitionen notwendig. Der Umfang der Provenienzforschung hängt von den gesteckten Zielen ab. Diese bleiben aber weitgehend im Dunkeln. Die Regierungen, die das Ziel festlegen, müssten die Karten auf den Tisch legen und offen sagen, was das alles kostet. Sie müssten Farbe bekennen, was sie auszugeben bereit sind. Das geschieht bisher nicht. Auf unsere Große Anfrage bekamen wir nur nichtssagende Antworten. Derzeit sind weder die zu untersuchenden Bestände quantifiziert noch ist bekannt, welche Mittel eingesetzt werden sollen. Es besteht also ein Missverhältnis zwischen den moralischen Ansprüchen und der Mittelbereitstellung. Das birgt das Risiko, dass man sich einmal mehr aus moralischen Gründen übernimmt und sich im Effekt selbst schädigt.

FDP, Ebbing: Nein, zwei bis drei Jahre reichen nicht. Das Thema wird uns länger beschäftigen. Solange die Projekte zeitlich befristet sind, wandert Wissen ständig ab.

Das ist langfristig nicht sehr effektiv. Außerdem tritt der Staat gern mit dem Anspruch gegenüber der privaten Wirtschaft auf, dass Dauerarbeitsplätze geschaffen werden sollen, und selbst vermeidet er dies, indem vor allem kurz- und mittelfristige Projekte realisiert werden.

GRÜNE, Kappert-Gonther: Bei den Provenienzforschungsprojekten ist zu bedenken, dass sich die Forschungsteams erst finden und eine gemeinsame Sprache entwickeln. Das gilt vor allem dann, wenn die Mitarbeitenden aus verschiedenen Ländern kommen. Daher müssen nicht nur die Ressourcen größer, sondern auch die Zeiträume länger sein.

LINKE, Freihold: Natürlich reicht das nicht. Wir brauchen eine Kontinuität und langfristige Sicherung der Grundlagen dieser wichtigen Arbeit. Die konkreten Restitutionsfälle dürfen aber gleichzeitig durch die notwendige Forschung nicht verzögert werden. Fehlende Forschung und mangelnde Ressourcen dürfen nicht als Legitimation missbraucht werden, um die Restitution auf die lange Bank zu schieben.

KULTURRAT

Zimmermann: Nein, das reicht nicht. Natürlich müssen sich die Strukturen verändern, und die Museen wollen dies auch. Bund, Länder und Kommunen als Träger der Museen müssen entscheiden, ob dauerhaft mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Vorschläge zur praktischen Durchführung zu machen, wird eine wichtige Aufgabe der Fachverbände sein.

Kunst&Kontext: *Haben Sie den Bericht von Savoy & Sarr (teilweise) gelesen?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Den Bericht selbst habe ich nicht gelesen, aber natürlich habe ich die Diskussion in den Medien verfolgt. Von meinen Mitarbeitern habe ich den einen oder anderen Aspekt herausarbeiten lassen.

CSU, Ullrich: Bei der Vorbereitung meiner Rede im Bundestag habe ich auch Teile des Berichtes gelesen und die Debatte in den Medien verfolgt. Frankreich hat hier eine andere Verantwortung durch die Länge der Kolonialzeit und die umfangreicheren Gebiete. Die Europäer sollten sich bei dem Thema austauschen. Die Initiative von Grütters und Müntefering hat auch erst Anfang des Jahres begonnen, sich zu entwickeln. Wir stehen also in Deutschland eher am Anfang. Aber es ist gut, dass wir uns auf den Weg gemacht haben. Wir müssen bei dem Thema Resti-

tution entschlossener handeln.

SPD, Lindh: Ja, den habe ich teilweise gelesen und auch persönlich mit Herrn Sarr gesprochen. Dabei konnte ich feststellen, dass der Bericht und die mündlichen Darlegungen von Herrn Sarr nicht identisch sind. Der Bericht erscheint als umfassende Rückgabeforderung mit einer ganz harten Linie. Sarr betont, dass ihm eine Neudefinition des Verhältnisses zwischen Europa und Afrika viel wichtiger sei.

SPD, Diaby: Den Bericht habe ich nur teilweise gelesen, aber die Debatte in den Zeitungen verfolgt. Generell halte ich wenig von überstürzten Aktionen und setze auf langfristige Zusammenarbeit. Bei Rückgaben ist stets mit Fingerspitzengefühl vorzugehen, damit nicht alte Konflikte aufbrechen oder neue beginnen. Wichtig ist, dass aus unserer Aufarbeitung historischer Fragen keine neuen Krisen entstehen.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Teilweise und cursorisch. Vor allem habe ich die Zusammenfassungen in den Medien zur Kenntnis genommen. Frau Savoy war im Übrigen auch als Sachverständige in der Anhörung des Kultur- und Medienausschusses des Bundestages im März dieses Jahres eingeladen. Dabei wurde klar: Die Frau hat eine Mission, und sie hat sich – aus welchen Gründen auch immer – ein antiwestliches Ressentiment tief zu eigen gemacht.

FDP, Ebbing: Ja, den habe ich teilweise gelesen. Den folgenden Satz kann ich voll unterschreiben: »Der beste Ansatz für Restitution ist die Etablierung einer anderen Beziehung zwischen Europa und Afrika.« Ansonsten habe ich meine Zweifel, ob die Ideen von Frau Savoy und Herrn Sarr politisch umsetzbar sind.

GRÜNE, Kappert-Gonther: Den Bericht habe ich auf Englisch gelesen, weil mein Französisch leider zu schlecht ist. Wissenschaftliche Sorgfalt ist hier mit einer sehr klaren Haltung gepaart. Zunächst sollen bilaterale Abkommen zwischen Frankreich und den einzelnen Ländern erarbeitet werden, damit eine juristische Grundlage für Restitutionen geschaffen wird. Dann wird den Herkunftsgesellschaften das Inventar verfügbar gemacht, und bis zum Jahr 2022 läuft dann die Phase des Diskurses: Wie und was soll restituiert werden? Mir leuchten diese Empfehlungen sehr ein.

LINKE, Freihold: Der Bericht ist mir bekannt, interessant war dabei vor allem die öffentliche Debatte darüber in der Presse. Unterstützenswert finde ich an diesem,

dass die französische Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy und der senegalesische Ökonom Felwine Sarr ganz klar darin sind, dass temporäre Leihgaben, die Zirkulation von Objekten oder ihr Austausch in digitaler Form keine langfristige Option darstellen, weil auf unrechtmäßig erworbene Objekte keinerlei Anspruch bestehen kann. Ein bedingungsloses Offenlegen der Bestände und darauf folgend die Bereitschaft zu einer bedingungslosen Rückgabe von Objekten, sofern der Wunsch auf Seiten der Herkunftsländer besteht, ist ganz essentiell, wenn es darum geht, endlich in einen Dialog auf Augenhöhe mit diesen Ländern zu treten und unserer moralischen und rechtlichen Verantwortung gerecht zu werden. Erschreckend hingegen finde ich mit Blick auf die Restitutionsdebatte in Deutschland, dass wir bereits an der ersten Phase des Restitutionsprozesses, den Sarr und Savoy konzipiert haben, zu scheitern scheinen. Da die Museen, in denen sich ein Großteil der Objekte aus kolonialen Kontexten befinden, in Länderzuständigkeit fallen, obliegt es diesen, die Inventarisierung zu gestalten. Von einem vereinheitlichen Verfahren zur Erfassung der Bestände sind wir daher in Deutschland weit entfernt. Auch zur Digitalisierung und Veröffentlichung derartiger Inventarlisten gibt es seitens der Bundesregierung keinerlei Verpflichtungen. Das muss sich dringend ändern, wenn wir einen Restitutionsprozess, ähnlich, wie ihn Savoy und Sarr vorschlagen, ermöglichen wollen!

KULTURRAT

Zimmermann: Nein.

Kunst&Kontext: *Ist die Beschäftigung mit der Zeit des Kolonialismus eine Frage der »Schuld der Nachkommen« oder eine der politischen Verantwortung?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Im Koalitionsvertrag ist niedergelegt, dass wir diese Aufgabe als politische Verantwortung betrachten.

CSU, Ullrich: Schuld setzt nach unserem Verständnis persönliche Vorwerfbarkeit voraus. Es kann daher weder eine »Kollektivschuld« noch eine solche der Nachkommen geben. Gleichwohl besteht eine klare politische Verantwortung für die Beschäftigung mit der Kolonialzeit und die Aufarbeitung des Unrechts. Dieser kann und darf sich auch niemand entziehen.

SPD, Lindh: Es ist für mich eine Frage der politischen Verantwortung und damit ist eine interessante Frage

verbunden: Wie schafft man es in einer Zuwanderungsgesellschaft, den Nachkommen der Zugewanderten Interesse und Neugier für diesen Teil deutscher Geschichte zu vermitteln? Es wäre falsch, dies im Rahmen von Schuld zu diskutieren, denn es ist keine Frage der persönlichen Schuld. Daher plädiere ich für einen Perspektivenwechsel: Wir sollten unbedingt die heutigen Erwartungen und Einschätzungen der Menschen in den ehemaligen Kolonien einbeziehen.

SPD, Diaby: Für mich ist es eine Frage der politischen Verantwortung. Die heutige Generation hat keine Schuld an der damaligen Kolonialzeit. Es liegt in unserer Verantwortung, diese Zeit durch Ausstellungen, Bücher und Diskussionen in Erinnerung zu halten. Es geht um die Lösung von Problemen und nicht darum, Stimmung zu machen. Man sollte den Populisten nicht die Möglichkeit geben, dieses Thema zu instrumentalisieren. Im Zusammenhang mit der Aufarbeitung von Kolonialgeschichte und Provenienzforschung sollte ein spezielles Stipendienprogramm aufgelegt werden, damit interessierte junge Menschen aus den verschiedenen afrikanischen Ländern gemeinsam mit Deutschen arbeiten können. Das wäre ein schöner Beitrag zur Verständigung.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Leider wird die Beschäftigung mit der Zeit des Kolonialismus zu einer Schuldfrage stilisiert. Das halte ich für verfehlt. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, in denen Objekte von einer Gruppe oder den Nachfahren »schmerzhaft vermisst« werden und bei denen eine Rückgabe aus moralischen Gründen angemessen sein kann, geht es um rechtliche Fragen, die auch auf rechtlicher Ebene zu klären sind. Die mögliche Schuld der Eltern ist keine der Kinder oder Enkel. Wer von deutscher Schuld spricht, müsste beantworten, ob auch die zugewanderten Neubürger in Deutschland von dieser Schuld infiziert sind. Von Kollektivschuld halte ich nichts und würde von politischer Verantwortung sprechen, die es in den Einzelfällen gibt, wenn die heute lebenden Nachfahren auf uns zukommen. Das ist nicht annähernd in dem Ausmaß erkennbar, den uns die postkolonialen Ideologen vorgaukeln wollen.

FDP, Ebbing: Für mich ist es keine Frage der Schuld der Nachkommen, sondern eine der politischen Verantwortung. Interessant ist die Frage: Was lerne ich aus der Geschichte?

GRÜNE, Kappert-Gonther: Es ist eine Frage der Verant-

wortung, weniger individuell als gesellschaftlich. Wer heute lebt, kann keine individuelle Schuld geerbt haben. Davon unabhängig muss anerkannt werden, dass es Schuld gab. Politisch interessiert mich der verantwortungsvolle Umgang mit der Kolonialgeschichte. Was bedeutet dieser Teil des europäischen Erbes für das heutige Europa? Das damalige koloniale Handeln hat großen Einfluss auf heute noch vorhandenen strukturellen Rassismus. Denn wer die Vergangenheit verdrängt, trifft falsche Entscheidungen für Gegenwart und Zukunft

LINKE, Freihold: Man darf nicht als Individuum argumentieren. Staaten haben eine politische Verantwortung, die einen zukunftsgerichteten Aspekt hat: Wer die Vergangenheit nicht kennt, macht in der Zukunft die gleichen Fehler noch einmal. Aber auch als Individuum kann ich politische Verantwortung übernehmen und beitragen, dass Druck in der Öffentlichkeit ausgeübt wird und andere Weichen gestellt werden.

KULTURRAT

Zimmermann: Eine Schuld der Nachkommen gibt es nicht. Wir haben eine politische Verantwortung, die wir annehmen müssen. Die Erinnerungskultur war eine der zentralen kulturpolitischen Themen der letzten zwanzig Jahre und wird es sicherlich bleiben.

Kunst&Kontext: *Welche Bücher zum Thema »Kolonialismus« und »Restitution« würden Sie empfehlen?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Das Buch von Kerstin Odendahl: »Kulturgüterschutz: Entwicklung, Struktur und Dogmatik eines ebenenübergreifenden Normensystems« (Zürich 2005). Außerdem von Bénédicte Savoy: »Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe« (Berlin 2018). Weiterhin von Neil MacGregor: »Eine Geschichte der Welt in 100 Objekten« (München 2011). Sowie der Klassiker von Joseph Conrad, der 1899 erstmals erschien: »Das Herz der Finsternis«.

CSU, Ullrich: Ich kann den Sammelband von Horst Gründer und Hermann Hiery (Hrsg.) »Die Deutschen und ihre Kolonien. Ein Überblick« (Berlin 2017) empfehlen oder die große Monografie von Wolfgang Reinhard: »Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415-2015« (München 2016).

SPD, Lindh: Ich empfehle die Werke von Achille Mbembe, einem der wichtigsten Historiker und Philosophen Afrikas. Insbesondere sein Buch »Kritik der schwarzen

Vernunft« (Berlin 2014) ist sehr lesenswert.

SPD, Diaby: Amadou Hampâté Bâ, ein Ethnologe und Schriftsteller aus Mali, hat sehr gute Bücher geschrieben. Auch Léopold Senghór, der ehemalige Präsident von Senegal und Literat, hat sich mit dem Thema Kolonialismus intensiv auseinandergesetzt.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Für einen realistischen Blick auf Kolonialismus und Sklaverei zu allen Zeiten empfehle ich Egon Flaig: »Weltgeschichte der Sklaverei« (München 2018). Wer sich für die Quelle des Ressentiments interessiert, aus der sich auch der heutige Postkolonialismus noch speist, liest den Klassiker von Frantz Fanon: »Die Verdammten dieser Erde« (seit den 1960er-Jahren auf Deutsch in diversen Auflagen erschienen). Was bei einer Restitution schief gehen kann, vermittelt das Buch von Ludwig von Pufendorf (Hrsg.): »Erworben – Besessen – Vertan: Dokumentation zur Restitution von Ernst Ludwig Kirchners Berliner Straßenszene« (Bielefeld 2018).

FDP, Ebbing: Ich empfehle den 2018 erschienenen Leitfaden des Deutschen Museumsbundes: zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialem Kontexten.

GRÜNE, Kappert-Gonther: Jürgen Zimmerer (Hrsg.): »Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte« (Frankfurt am Main/New York 2013) und Bénédicte Savoy: »Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe« (Berlin 2018) sowie Achille Mbembe »Kritik der schwarzen Vernunft« (Berlin 2014) und der Aufsatz von Kimberlé Crenshaw: »Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine« (The University of Chicago Legal Forum, 1989, S. 139-157)

LINKE, Freihold: Aimé Césaire »Über den Kolonialismus« (Berlin 2017), um die Grundlagen unserer tief im Kolonialismus verstrickten Gesellschaften zu verstehen, und »Nach der Flut das Feuer« von James Baldwin (München 2019), um die nach wie vor unbearbeiteten Nachwirkungen des Kolonialismus zu erkennen.

KULTURRAT

Zimmermann: Von Horst Gründer und Hermann Hieery (Hrsg.): »Die Deutschen und ihre Kolonien. Ein Überblick« (Berlin 2018) und von Bartholomäus Grill: »Wir Herrenmenschen. Unser rassistisches Erbe: Eine Reise in die deutsche Kolonialgeschichte« (München 2019) so-

wie von David van Reybrouck: »Kongo. Eine Geschichte« (Frankfurt am Main 2013).

Kunst&Kontext: Was verstehen Sie unter »Herkunftsgesellschaften«?

REGIERUNG

CDU, Heveling: Wir sollten nicht mit unserem Verständnis von Staat und Gesellschaft auf diese Herkunftsgemeinschaften blicken. Häufig handelt sich um kleine Gruppen bzw. Stämme und nur manchmal um ein Reich. Die Staaten sind kleinteiliger und multiethnischer, als wir das in Europa kennen. Es ist daher auch Teil des Lernprozesses und der Auseinandersetzung, dass es andere Zusammenhänge gibt und unsere Begriffe nicht einfach übertragen werden können.

CSU, Ullrich: Wir brauchen einen guten und konstruktiven Dialog mit den Herkunftsgesellschaften, um in Fragen der Restitution zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen. Ansprechpartner sind Staaten und Akteure der Zivilgesellschaft.

SPD, Lindh: Die meisten afrikanischen Staaten sind Vielvölkerstaaten, teilweise mit Dutzenden verschiedenen Sprachen, unterschiedlichen Traditionen, Religionen und Lebensräumen. Unseren Gesellschaftsbegriff, der eine recht einheitliche Kultur mit gemeinsamen Werten und Lebensverhältnissen impliziert, können wir nicht einfach übertragen. Vielleicht ist es sinnvoller, von den Nachfahren der jeweiligen Herstellerkultur zu sprechen oder das Wort Ethnie zu verwenden.

SPD, Diaby: Der Kontinent Afrika ist sehr groß, und die Unterschiede zwischen den Ländern und selbst innerhalb eines Staates können außerordentlich groß sein. Es sind meist Vielvölkerstaaten mit Dutzenden von Sprachen, vielen Traditionen und eigener Geschichte. Die differenzierte Wahrnehmung der Unterschiede wird für die meisten Europäer eine spannende Überraschung sein.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Unser deutsches oder europäisches Verständnis von Gesellschaft kann nicht umstandslos auf andere Kontinente übertragen werden. Die meisten afrikanischen Staaten sind durch willkürliche Grenzziehungen in der Kolonialzeit entstanden. Heute leben dort unterschiedliche Völkerschaften, die teilweise früher verfeindet waren, z. B. die Hutu und die Tutsi in Ruanda, die durch den Völkermord traurige Berühmtheit erlangten. Wer ist also gemeint, wenn von Herkunftsgesellschaft

gesprochen wird? Die leiblichen Nachfahren? Die Bewohner einer Region, die nicht mit einander verwandt sind, aber eine ähnliche Kultur hatten? Das gesamte Vielvölkergemisch in einem Staat? Auch bei diesem Begriff ist der Eurozentrismus der postkolonialen Aktivist*innen erkennbar, er ist mit äußerster Vorsicht zu genießen.

FDP, Ebbing: Es sind sehr unterschiedliche Gruppierungen mit eigenen Bräuchen und Kulturen, die sich selbst nicht über Ländergrenzen definieren. Viele davon gibt es heute in dieser Form nicht mehr. Genau das macht die Rückgabediskussion zu einem schwierigen Thema.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Koloniale oder vielmehr postkoloniale Herkunftsgesellschaft ist ein abstrakter Begriff und verweist auf die heute lebende Gesamtheit der Gemeinschaft, die seinerzeit von der Kolonialherrschaft unterdrückt war. Diese Nachfolgeneration ist nicht genau fassbar, denn Grenzen und Zugehörigkeiten verschieben sich. Man könnte statt Herkunftsgesellschaft auch »Nachfahren der kolonisierten Menschen« sagen.

LINKE, Freihold: Unter Herkunftsgesellschaften verstehe ich jene Gesellschaften, die einen Anspruch auf das kulturelle Erbe haben, welches auf dem Gebiet, in dem sie lebten oder in dessen Tradition sie stehen, durch Kunst, religiöse Praktiken, wirtschaftliche und soziale Beziehungen entstanden ist. Ich verstehe diesen Begriff nicht ethnisch, sondern divers.

KULTURRAT

Zimmermann: Ich bin kein Wissenschaftler und deshalb für Definitionsfragen nicht die richtige Ansprechperson.

Text *Andreas Schlothauer*

Fotos *Deutscher Bundestag/Stella von Saldern (Abb. 1, CDU), Volker Ullrich (Abb. 2, CSU), Christoph Busse (Abb. 3, SPD), Karamba Diaby (Abb. 4, SPD), Achim Melde/Deutscher Bundestag (Abb. 5, AFD), Peter Adamik (Abb. 6, FDP), Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel (Abb. 7, Bündnis 90/Die Grünen), Andreas Domma (Abb. 8, Die LINKE), Deutscher Kulturrat/Tim Flavor (Abb. 9, Deutscher Kulturrat)*

ANMERKUNGEN

1 Die Interviews mit den Vertretern der sieben im Bundestag vertretenen Parteien (CDU, CSU, SPD, AFD, FDP, GRÜNE, LINKE) wurden zwischen dem 18. März und dem 10. Mai 2019 geführt. Anfangs waren es zwölf Fragen, die nach den ersten Terminen um drei weitere ergänzt wurden. Die bereits Interviewten beantworteten diese per Mail. Die Mitschnitte wurden abgetippt, zusammengefasst und teilweise ergänzende Worte oder Satzteile (mit blauer Farbe gekennzeichnet) vorgeschlagen. Der jeweilige Text wurde im Mai allen Interviewten geschickt, von diesen überarbeitet und freigegeben.

Datum	Name	Partei	Länge
18. März 2019	Volker Ulrich	CSU	30 Min.
19. März 2019	Helge Lindh	SPD	70 Min.
20. März 2019	Brigitte Freihold	LINKE	65 Min.
22. März 2019	Karamba Diaby	SPD	45 Min.
16. April 2019	Hartmut Ebbing	FDP	60 Min.
29. April 2019	Olaf Zimmermann	Dt. Kulturrat	90 Min.
6. Mai 2019	Kirsten Kappert-Gonthier	GRÜNE	105 Min.
8. Mai 2019	Ansgar Heveling	CDU	25 Min.
10. Mai 2019	Marc Jongen	AFD	60 Min.
Summe			ca. 9 Std.
Interviews			ca. 9 Std.
Abschrift, Zusammenfassung			ca. 18 Std.
Fahrten zu Terminen, Organisation etc.			ca. 9 Std.
Erstellung Gesamttext			ca. 4 Std.
Zeitlicher Gesamtaufwand			ca. 46 Stunden

Fazit: Restitutionsdebatte – die Bundestagsfraktionen

»Wer die Vergangenheit nicht kennt,
trifft falsche Entscheidungen für Gegenwart und Zukunft.«

(Kenntnis ist ein offener Prozess gründlicher Analyse und Diskussion gegensätzlicher Argumente mit der ständigen Bereitschaft, eigene Ansichten infrage zu stellen und Irrtümer zu korrigieren.)

Anlass für die Interviews mit den Politikern waren deren Reden im Bundestag zum Thema »Kulturpolitische Aufarbeitung des kolonialen Erbes«. Die Abgeordneten Ansgar Heveling (CDU), Volker Ullrich (CSU), Helge Lindh (SPD), Marc Jongen (AFD), Hartmut Ebbing (FDP), Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen), Brigitte Freihold (Die LINKE) kämpften am 21. Februar 2019 in durchschnittlich fünf- bis zehnminütigen Beiträgen engagiert vor einem fast leeren Plenarsaal. Es wurde provokativ formuliert und der politische Gegner auch dann angegriffen, wenn dessen Argumente falsch oder gar nicht verstanden worden waren. Die Statements der Bundestagsabgeordneten, die – ebenfalls im Februar 2019 – in »Politik & Kultur. Zeitschrift des Deutschen Kulturrates« (S. 3-7) erschienen waren, lieferten Anregungen für weitere Fragen an die Kulturpolitiker.

Kurzfassung der Ergebnisse unter folgenden Aspekten:

- Welche parteipolitischen Übereinstimmungen und Gegensätze sind erkennbar?
- Welche zentralen Begriffe werden verwendet?
- Welche inhaltlichen Konzepte werden vorgeschlagen?

Der Konsens aller Parteien ist bei den meisten Fragen hoch. Die Antworten der Regierungsfractionen (CDU, CSU, SPD) zeigen kein grundsätzliches Konfliktpotential, nur bei einer Frage gab es leichte Differenzen. Die Repräsentanten zweier Oppositionsfractionen (AFD, FDP) stimmen in ihren Antworten weitgehend mit denjenigen der Regierungsparteien überein. GRÜNE und LINKE lassen bei dem Thema »Beweislastumkehr« eine deutlich konträre Grundhaltung erkennen.

Humboldt Forum, Schuld und Raubkunst

Die Eröffnung des Humboldt Forums wird als ein »Kri-

stallisationspunkt« oder »Katalysator« einer schon länger stattfindenden Restitutionsdebatte beschrieben. Für die Interviewten ist die Bearbeitung der Kolonialgeschichte keine Frage der »Schuld der Nachkommen« sondern eine der »politischen Verantwortung«. Alle Bundestagsfraktionen und der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates halten übereinstimmend den Begriff »Raubkunst« im Zusammenhang mit der Kolonialzeit für ungeeignet. Unklar ist nach einhelliger Meinung, um wie viele bzw. welche Objekte es in der Restitutionsdebatte geht.

Herkunftsgesellschaften

GRÜNE und LINKE verstehen unter diesem für die Restitution zentralen Begriff sehr pauschal die Menschen, die heute in dem Gebiet leben, aus dem das Kulturgut stammt. Danach sind Objekte prinzipiell dorthin zurückzuschicken, wo sie hergestellt wurden. Diese Ansicht teilen die anderen Parteien nicht: Man müsse sehr genau prüfen, wer in den multiethnischen Staaten Afrikas, die durch willkürliche Grenzziehungen in der Kolonialzeit entstanden sind, als anspruchsberechtigter Nachfahre in Betracht kommt.

Aufbewahrung, Bestandsaufnahme, Digitalisierung, Forschung

Alle Interviewten beschreiben die fehlende Bestandsaufnahme und Inventur sowie die unvollständige online-Präsentation der Museumssammlungen als derzeitigen Mangel und wesentliche Aufgabe. Von SPD und GRÜNE kommt der Hinweis, »dass das Musée de quai Branly in Paris bei seiner Eröffnung im Jahr 2006 die gesamte Sammlung online setzte, und zwar jedes Objekt mit Foto.« Das Depot des Ethnologischen Museums in Dahlem kennt nur ein Befragter (FDP) aus eigener Anschauung. Die dortigen Mängel (Insektenbefall, Feuerschutz, Raumklima) sind anderen Abgeordneten (AFD, GRÜNE, SPD) aus Berichten Dritter bekannt. Einheitlich ist das Plädoyer für eine sachgerechte Aufbewahrung der Objekte, wobei CSU, SPD, FDP und GRÜNE thematisieren, dass der TÜV bzw. die »Rechnungshöfe der Länder und des Bundes eine ordnungsgemäße Lagerung« öffent-

lich kontrollieren sollten. Die CDU hält Provenienzforschungsprojekte mit maximaler Laufzeit von drei Jahren für ausreichend, während alle anderen Parteien davon ausgehen, dass dies zu kurz ist. Die AFD bemängelt, dass für die Provenienzforschung von der Bundesregierung keine Ziele definiert sind, und verweist – wie der Deutsche Kulturrat – darauf, dass Budgetvorgaben fehlen.

Streitfall Beweislastumkehr

Übereinstimmung besteht darin, dass die Provenienzforschung zu den Sammlungsbeständen erst jetzt beginnt; Fallstudien zu den Erwerbsumständen gibt es derzeit kaum. Gleichwohl postulieren GRÜNE und LINKE einen Generalverdacht für alle in der Kolonialzeit gesammelten Objekte und gehen von einem »strukturellen Gewalt- und Machtverhältnis« aus. Sie plädieren für gesetzliche Regelungen, die eine Beweislastumkehr festlegen: »Im Zweifel für den Antragsteller«. Demnach müsste die Rückgabe bei jeder Art von Antragstellung automatisch erfolgen. Die anderen Parteien bevorzugen (wie der Deutsche Kulturrat) dagegen eine Einzelfallprüfung. Zwei Fraktionen (AFD, FDP) weisen auf ein Problem hin, dass eine Beweislastumkehr dann zu lösen hätte: Die Frage »Wer ist der Anspruchsberechtigte?« Die AFD möchte »die Debatte gern entmoralisieren« und Diaby (SPD) sagt: »Man sollte nicht juristisch an die Sache herangehen, sondern politisch.«

Restitutionsdebatte – kein Auftrag Afrikas

Alle Interviewten stellen fest, dass bislang kaum konkrete Rückgabeforderungen aus afrikanischen Ländern vorlägen. Laut den Regierungsfractionen handelt es sich bei der Debatte nicht um einen Auftrag afrikanischer Gesellschaften. Das Argument von GRÜNE und LINKE lautet, dass die Nachfahren ja gar nicht wüssten, was in europäischen Museen lagere. Nur einer der Interviewten war in Ländern des subsaharischen Afrika und konnte von dortigen Museumsbesuchen berichten.

Medien und Politik – ein selbstreferentielles System?

Als wesentliche Informationsquelle für ihre Redebeiträge nennen die Politiker die »Berichterstattung in den Medien«. Der Bericht von Savoy & Sarr wurde »in Teilen gelesen« und ansonsten ebenfalls über die Medien rezipiert. Da kaum einer der an der Restitutionsdebatte beteiligten Kulturjournalisten das subsaharische Afrika von eigenen Arbeitsaufenthalten kennt, ist die Abwesenheit afrika-

nischer Gegenwart zwangsläufig ein Element der öffentlichen Gesamtdebatte. Einer der Abgeordneten (SPD) fragte sich, ob diese in einer »Blase« bzw. »Echokammer« zwischen Politikern und Feuilletons stattfindet.

Resümee: Fehlende Vielfalt

Derzeit fehlen in der öffentlichen Debatte zur Kolonialzeit die konkreten historischen Objekte und – damit einhergehend – die heute lebenden Nachfahren der damaligen Hersteller. Anders gesagt: Es mangelt an Erfahrungen gemeinsamer deutsch-afrikanischer Projekte.

Ein diffuser Generalverdacht bezüglich völkerkundlicher Sammlungen dominiert als moralische Grundhaltung die Berichterstattung der Feuilletons. In den Medien ist die viel differenziertere Mehrheitsmeinung der Bundesregierung und zweier Oppositionsparteien deutlich unterrepräsentiert. Der Frage, warum ausschließlich die Meinung der Parteien Die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen propagiert wird, sollten sich die Redaktionen stellen. Gerade weil meine eigenen parteipolitischen Sympathien nach öko-links tendieren, halte ich als Demokrat diese Vermeidung offener Debatte für extrem schädlich. Auch die vielfältigen Stimmen derjenigen, die sich seit Langem für afrikanische Länder und deren Geschichte interessieren, werden von den Kulturjournalisten ausgeblendet. Dadurch ist die feuilletonistische Einfalt mit ihren einfachen Legenden bestenfalls eine Simulation demokratischer Öffentlichkeit. Wodurch unterscheidet sich dieser mediale Gleichklang von Propaganda? Ein breites Interesse am Thema Kolonialgeschichte ist bislang nicht festzustellen und auf diese Art auch nicht herstellbar.

Vor allem Sakralobjekte bzw. »Kunst« – z. B. Masken, Figuren – sind in vielfacher Form mit Fotos publiziert. Die Bücher sind in afrikanischen Ländern bekannt und werden seit Jahrzehnten als Vorlage für Fälschungen genutzt. Insofern ist den Nachfahren mindestens ein (uns wichtig erscheinender) Teil in europäischen Museumssammlungen bekannt.

Hinsichtlich der geplanten Digitalisierung ist zu beachten: Das Internet ist derzeit in den meisten Regionen Afrikas extrem langsam, und der Aufbau einer Seite bzw. die Übertragung von Bilddateien dauert meist mehrere Minuten. Parallel zum Aufbau von online-Datenbanken in Deutschland wären entsprechende Kooperationen zur Verbesserung der Übertragungsgeschwindigkeit in afrikanischen Ländern wichtig.

Text *Andreas Schlothauer*